

- * **Gespräch** – Zum Rücktritt von Urs Würgler **36**
- * **Begegnung** – Senada Munkovic macht gute Laune **40**
- * **Forschung** – Suchmaschine für 200 Milliarden Moleküle **28**

Juni 2011

149

UniPress*



Master PMP

MASTER OF ARTS IN
PUBLIC MANAGEMENT
AND POLICY



Ein spezialisierter Master für den öffentlichen Sektor



Ein spezialisierter Masterstudiengang von
120 ECTS Kreditpunkten zusammengesetzt aus:

- einem interdisziplinären Grundstudium (2 Semester)
in Bern, Lausanne oder Lugano
- einem Vertiefungsstudium (2 Semester) in einer von den
einzelnen Partnern angebotenen Fachrichtung
einschliesslich einer Masterarbeit mit der Möglichkeit eines
Praktikums



Der Master PMP richtet sich vorrangig an Studierende mit einem Bachelorabschluss in Betriebswirtschaft, Volkswirtschaftslehre, Politikwissenschaft, Soziologie, Rechtswissenschaft oder Medienwissenschaft und Kommunikation. Studierende mit einem Bachelorabschluss in einer anderen Fachrichtung können mit Auflagen zugelassen werden.

Kontakt:

Bern
Theres Schütz-Fivian
pmp@kpm.unibe.ch
+41 (0)31 631 55 24

Lausanne
Sabine Janssens
sabine.janssens@idheap.unil.ch
+41 (0)21 557 40 27

Lugano
Lucia Bassetti
lucia.bassetti@usi.ch
+41 (0)58 666 48 16

www.masterpmp.ch



50 JAHRE POLITIKWISSENSCHAFT

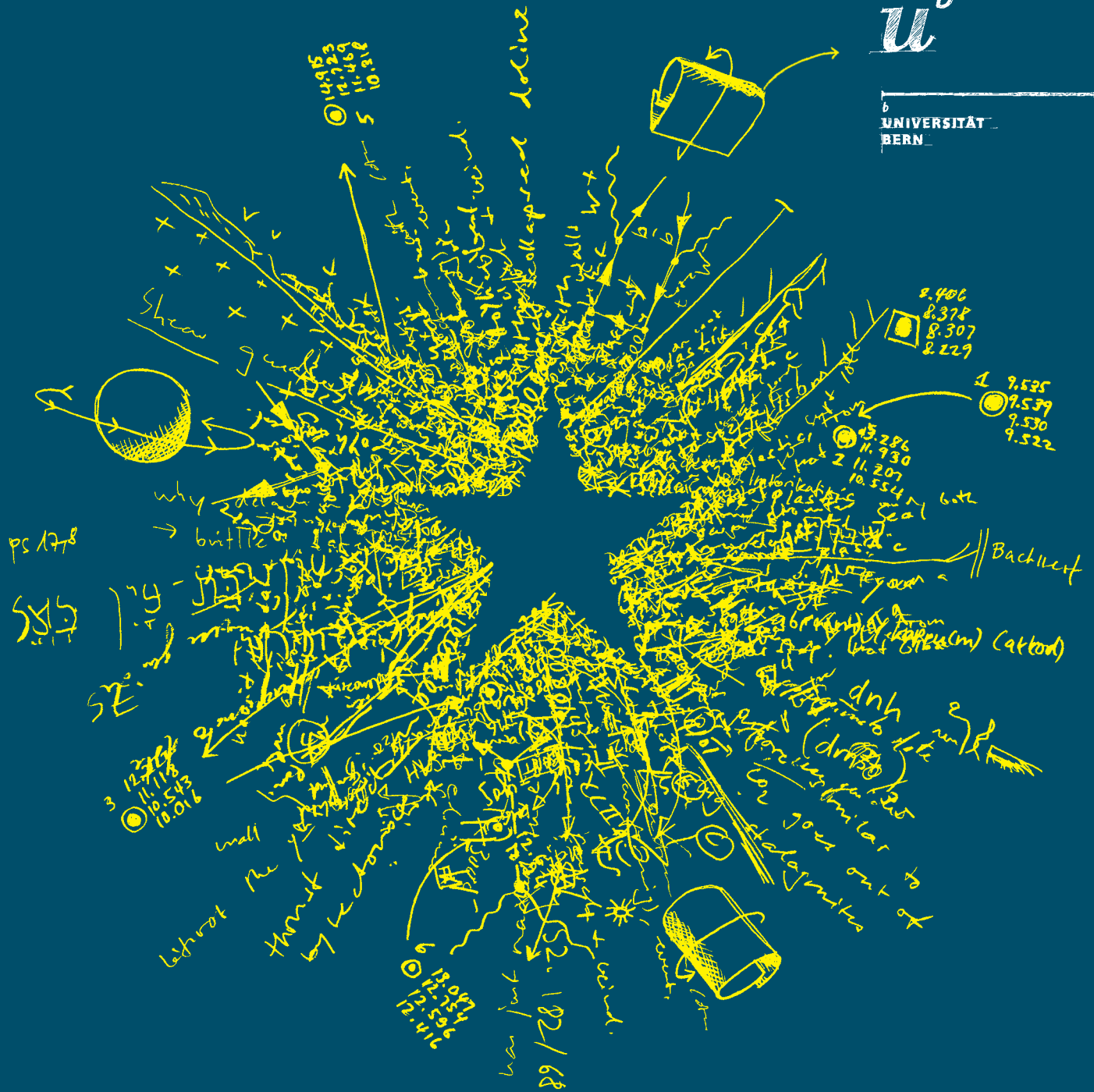
.....
Folgt man politischen Auguren, steht der Schweiz ein heisser Wahlherbst bevor: Polarisierung und Konkurrenz sind die neuen Paradigmen der schweizerischen Politik; die Konkordanz steht wohl vor dem Aus.

Als Erich Gruner in den frühen 1960er Jahren zum Professor für Sozialgeschichte und Soziologie der schweizerischen Politik an die Universität Bern berufen wurde, prägte dagegen die Konkordanz das politische Feld und war 1959 mit der «Zauberformel» für die Zusammensetzung der Regierung gewissermassen gekrönt worden. Während die Politik in 50 Jahren von besonnener Konkordanz zu publikumsheischender Konkurrenz mutierte, entwickelte sich Gruners Einmannbetrieb zum vollwertigen Universitätsinstitut. Unter dem aktuellen Namen «Institut für Politikwissenschaft» (IPW) hat sich dieses in den vergangenen fünf Jahrzehnten innerhalb und ausserhalb der Universität als Forschungs- und Ausbildungsstätte etabliert. Im Schwerpunkt dieses Heftes zeichnen ehemalige und aktuelle Mitglieder des Instituts dessen Entwicklungsgeschichte nach und werfen einen Blick auf drängende Fragen der politischen Gegenwart: Ist die Konkordanz wirklich am Ende? Wie entwickelt sich die Wahlforschung? Was tun, wenn Volksinitiativen in Widerspruch zu Menschenrechten stehen?

15 Jahre prägte er in der Universitätsleitung die Geschicke der Alma mater bernensis mit, sechs Jahre amtierte er als deren Rektor – nun tritt er zurück: Professor Urs Würzler. Die Erarbeitung einer zukunftsfähigen Strategie für die Universität habe er als seine wichtigste Aufgabe betrachtet, erklärt der scheidende Rektor im «Gespräch» in diesem Heft. Auch in anderen Bereichen ging es vorwärts mit der Universität: Die Autonomie konnte gestärkt, die Bologna-Reform umgesetzt werden. Die Arbeit wird der runderneuten Universitätsleitung aber nicht ausgehen. «Die Universität ist eine permanente Baustelle», meint Urs Würzler und ist mit Blick in die Zukunft davon überzeugt, dass die Universität Bern zum Beispiel zentraler Faktor in jeder Diskussion um die «Hauptstadtregion» sein muss.

Ich wünsche Ihnen eine anregende Lektüre.

Marcus Moser



NACHT DER FORSCHUNG

23. SEPTEMBER 2011 17-24 H
UNIVERSITÄT BERN GROSSE SCHANZE
WWW.UNIBE.CH

Inhalt



FORSCHUNG UND RUBRIKEN

Forschung

- 28 **Chemie:** Google für Moleküle.
Von Florian Fisch
- 31 **Umweltgeschichte:** Das Gasthaus Krone und die Klimaforschung.
Von Kaspar Meuli
- 34 **Geschichte:** Wie aus Gesandten Diplomaten wurden.
Von Susanne Brenner

Rubriken

- 1 **Editorial**
- 36 **Gespräch**
Rektor Urs Würgler – «Die Universität ist eine permanente Baustelle».
Von Marcus Moser
- 40 **Begegnung**
Senada Munkovic – Die Frau mit dem unbezahlbaren Lachen.
Von Astrid Tomczak-Plewka
- 42 **Meinung**
Aufbruch der Zivilgesellschaft in Nordafrika.
Von Reinhard Schulze
- 43 **Bücher**
- 44 **Impressum**

50 JAHRE POLITIKWISSENSCHAFT

- 5 50 Jahre Politikwissenschaft in Bern.
Von Hans Hirter
- 9 Die zukunftsfähige Forschungsstrategie des Berner Instituts.
Von Klaus Armingeon
- 12 Konkurrenz statt Konkordanz?
Von Adrian Vatter
- 17 Die Entwicklung der Wahlforschung in Bern.
Von Claude Longchamp
- 20 Online-Wahlhilfe «smartvote»: Eine Idee verändert die Schweizer Politik.
Von Daniel Schwarz
- 25 Das spannungsreiche Verhältnis von (direkter) Demokratie und Rechtsstaat.
Von Anna Christmann

Bildstrecke: Fahnenfabrik Bern, fotografiert von Adrian Moser.

Das Unternehmen wurde 1880 als Buchbinderei und Einrahmungsgeschäft in La Chaux-de-Fonds gegründet. Das Kantonale Schützenfest von 1884 in Neuenburg inspirierte den damaligen Inhaber zur Herstellung von Wappen auf Karton. Diese Idee war so erfolgreich, dass sich der junge Unternehmer auf die Fabrikation von Wappen und Stofffahnen konzentrierte. 1907 siedelte das Unternehmen nach Bern über. Das Familienunternehmen wird heute in der 3. Generation geführt und hat die Fahnen aller Kantone und Länder in mehreren Grössen vorrätig.



50 Jahre Politikwissenschaft in Bern

In einem halben Jahrhundert vom Einmannbetrieb zum vollwertigen Universitätsinstitut mit Hauptfachstudium und vielfältiger Forschung: Der stolze Werdegang des Instituts für Politikwissenschaft.

Von Hans Hirter

Staatsrechtler, Nationalökonom und Soziologen: Vorwiegend Forschende aus diesen Disziplinen waren es, die sich bis in die 60er Jahre des letzten Jahrhunderts an der Universität Bern mit der wissenschaftlichen Erforschung von Aspekten der Politik befasst haben; so wurde etwa vom Soziologischen Institut ein Fachprogramm «Soziologie der Politik» angeboten. Eine spezielle Professur für die Politikwissenschaft wurde erst ins Auge gefasst, als 1959 im Rahmen der ersten Hochschulförderungsmassnahmen des Bundes der Schweizerische Nationalfonds (SNF) die Errichtung von «Forschungsprofessuren» finanzierte. Die Rechts- und wirtschaftswissenschaftliche Fakultät schlug schliesslich den Historiker und Gymnasiallehrer Erich Gruner für das Forschungsgebiet «Sozialgeschichte und Soziologie der schweizerischen Politik» vor. Dieser hatte sich unter anderem mit einem Forschungsprojekt über die politische Elite einen Namen gemacht.

Die ersten Schritte

Im Frühjahr 1961, also vor genau 50 Jahren, nahm Gruner seine Lehrtätigkeit an der Universität Bern auf. Der Lehrbetrieb wurde von ursprünglich zwei Stunden pro Woche rasch auf vier bis sechs Stunden ausgeweitet. Die Hauptinhalte der Lehre waren allerdings nur zum Teil spezifisch politologisch: Sozialgeschichte, Geschichte der politischen Ideen sowie Theorie der Parteien gehörten mit dazu. Auf Antrag der Fakultät bewilligte die Erziehungsdirektion später eine Assistentenstelle und stellte Büroräume zur Verfügung. Damit war der Grundstein für ein Universitätsinstitut gelegt. Getauft

wurde die 1965 offiziell gegründete Institution auf den umständlichen Namen «Forschungszentrum für Geschichte und Soziologie der schweizerischen Politik». Dieser wurde in den Siebzigerjahren zu «Forschungszentrum für schweizerische Politik» vereinfacht und 1993 in «Institut für Politikwissenschaft» (IPW) abgeändert.

Erich Gruner war überzeugt, dass es für Studium und Forschung notwendig sei, eine umfassende Pressedokumentation zur nationalen und kantonalen Politik einzurichten und eine jährliche Chronik zur schweizerischen Politik zu verfassen. Dank einer Unterstützungsaktion durch Interessierte aus Wissenschaft, Politik und Wirtschaft gelang es ihm, den anfänglich negativ eingestellten Nationalfonds zu überzeugen und er erhielt entsprechende Finanzmittel für dieses Vorhaben. Die Herausgabe der politischen Jahreschronik «Année politique suisse» und die Fortführung der für die Schweiz einzigartigen Pressedokumentation zum politischen Leben war damit aber nicht auf Dauer gesichert, da sich der Nationalfonds rasch aus der Finanzierung zurückziehen wollte. Eine erneute grosse Unterstützungskampagne, getragen von Professorinnen und Professoren der Rechts-, der Wirtschafts- und Geschichtswissenschaften der Schweizer Universitäten und von eidgenössischen Parlamentarierinnen und Parlamentariern aller grösseren Parteien führte dazu, dass 1975 die Bundeskanzlei anstelle des Nationalfonds die Teilfinanzierung der vom Institut geleisteten Dokumentationsarbeiten übernahm. Der zwischen der Universität und dem damaligen Bundeskanzler abgeschlossene

Vertrag wurde bis 2002 mehrfach erneuert; seit 2005 wird diese Finanzierung von der Akademie für Geistes- und Sozialwissenschaften geleistet.

Dem Institut gelang es, mit seinen Forschungsarbeiten und Dienstleistungen den Nachweis zu erbringen, dass die Politikwissenschaft wichtige Beiträge zur Erklärung der Funktionsweise des politischen Systems liefern kann. Darin lag eine Voraussetzung für seine Unterstützung auch aus nicht-akademischen Kreisen. Zu diesen Beiträgen gehörten Gutachten für die Bundesbehörden und die damals neue Abstimmungs- und Wahlforschung. Von besonderer Bedeutung war dabei ein 1975 erteilter Auftrag des Eidgenössischen Finanzdepartements, die Einstellung der Stimmberechtigten zur Finanzpolitik zu untersuchen. Diese repräsentative Meinungsumfrage bildete den Auftakt zur Lancierung der so genannten VOX-Analysen, welche seit 1976 regelmässig nach allen eidgenössischen Volksabstimmungen vom Institut in Zusammenarbeit mit der privaten Stiftung «Gesellschaft für praktische Sozialforschung» durchgeführt werden.

Von der Krise zum guten Ruf

Bereits in den 1970er Jahren hatten die Rechts- und wirtschaftswissenschaftliche Fakultät und die bernische Erziehungsdirektion beschlossen, dass der bisher nur *ad personam* bestehende Lehrstuhl von Erich Gruner nach dessen Emeritierung durch eine ordentliche Professur für Politische Wissenschaft ersetzt werden sollte. Die Bundeskanzlei unterstützte diese

Absichtserklärung dadurch, indem sie ihre Finanzbeiträge an die Dokumentationsarbeiten von der Einlösung dieses Versprechens abhängig machte.

Fakultätsinterne Auseinandersetzungen bei der personellen Besetzung des Lehrstuhls führten allerdings dazu, dass nach Gruners Emeritierung 1984 die Weiterexistenz des Instituts gefährdet schien. Nicht wenige Dozenten der wirtschaftswissenschaftlichen Abteilung plädierten mehr oder weniger offen sogar für eine Liquidation des Instituts. Die im Frühjahr 1986 neu gewählte Kantonsregierung mit der grünen Erziehungsdirektorin Leni Robert stellte sich diesen Bestrebungen in den Weg und forcierte die Wahl von Professor Wolf Linder, der zuletzt am Institut für öffentliche Verwaltung an der Universität Lausanne (IDHEAP) gelehrt hatte, zum Inhaber des neuen Lehrstuhls für Politische Wissenschaft und zum Institutsdirektor. Als dieser im Herbst 1986 sein Amt antrat, bestand die Erwartung, dass das Institut in den drei Bereichen Lehre, Forschung und Dienstleistungen hervorragende Leistungen erbringen müsse. Dies sollte jedoch geschehen, ohne dass die zur Verfügung stehenden Mittel substanziell erhöht wurden. Von der Tradition des Instituts und den Intentionen der Kantons- und Universitätsbehörden her war die Ausrichtung auf die schweizerische Politik und ihre Entscheidungsprozesse vorgegeben.

Das Institut hatte einen guten Ruf als Erbringer von Forschungs- und Dienstleistungen. Die fast ausschliesslich mit Drittmitteln finanzierte politikwissenschaftliche Forschung konzentrierte sich vorerst auf die Abstimmungs- und Wahlforschung. Namentlich dort, wo kostspielige Erhebungstechniken gefordert waren, kam

es auch zu erfolgreichen Kooperationsprojekten mit den politologischen Instituten der Universitäten Genf und Zürich. Mit der Untersuchung von Vollzugsproblemen in der Politik fügte Linder einen neuen Schwerpunkt hinzu. Auftraggeber und Auftraggeberinnen waren hier fast ausschliesslich kantonale und eidgenössische Behörden; aber auch der internationale Wissenschaftsbetrieb zeigte sich an den Ergebnissen und Methoden dieser Forschung sehr interessiert.

Der 1993 auf die neu geschaffene zweite Professorenstelle gewählte Klaus Armingeon erweiterte die am Institut gepflegten Forschungsbereiche um die vergleichende und die europäische Politik. Mit der Besetzung einer neuen dritten Professur mit Marco Steenbergen expandierte 2006 das Institut weiter. Seine Analysen des politischen Verhaltens der Individuen führten eine Forschungsrichtung weiter, welche in Bern seit Anfang der 90er Jahre vom regelmässigen Gastdozenten Jürg Steiner gepflegt worden war.

Politologie als Studienfach

Die Lehre als drittes Element des universitären Pflichtenheftes musste 1986 von Grund auf neu aufgebaut werden. Es galt, möglichst rasch ein neues Lehrprogramm auf die Beine zu stellen, das einen Nebenfachabschluss in Politikwissenschaft ermöglichte. Von grosser Bedeutung für die Entwicklung der Studiengänge war die Tatsache, dass das Institut in die wirtschaftswissenschaftliche Abteilung eingegliedert war. Für alle Studierenden dieser Abteilung war der erfolgreiche Abschluss einer gemeinsamen zwei Semester dauernden Einführungsphase obligatorisch. Diese umfasste Veranstaltungen in den

Fächern Volkswirtschaft, Betriebswirtschaft, Soziologie, Politologie und Recht sowie in Mathematik, Statistik und empirischer Sozialforschung.

Das relativ grosse Gewicht der Betriebswirtschaftslehre in der Einführungsphase bot zwar keinen idealen Einstieg in das Studium der Politikwissenschaft. Andererseits wäre das Institut mit seinen limitierten Personalressourcen 1986 gar nicht in der Lage gewesen, ein eigenes, stärker auf die Politikwissenschaft ausgerichtetes Einführungsstudium anzubieten. Das 1994 eingeführte Hauptfachstudium brachte nicht nur eine Ausdehnung des Lehrangebots, sondern auch zwei grundsätzliche Innovationen im Studienbetrieb: erstens ein obligatorisches dreimonatiges Praktikum und zweitens die Vorgabe, mindestens ein Semester an einer nicht deutschsprachigen Universität absolvieren zu müssen. Diese hohen Anforderungen haben dazu beigetragen, dass die Politikwissenschaft in Bern nicht zu einem so genannten Modefach für unschlüssige Studienanfängerinnen und -anfänger wurde. Wer dieses Hauptfach wählt – gegenwärtig sind es rund 50 Personen pro Jahr –, ist in der Regel hoch motiviert und an der Sache sehr interessiert. Im Rahmen der Umsetzung der Bologna-Reform bietet das Institut heute einen Bachelorabschluss in Sozialwissenschaft sowie zwei Master-Studiengänge an.

Kontakt: Dr. Hans Hirter, ehemaliger Mitarbeiter am Institut für Politikwissenschaft, ba2ki@hotmail.ch





Die zukunftsfähige Forschungsstrategie des Berner Instituts

Das Institut für Politikwissenschaft (IPW) genießt in der Öffentlichkeit ein hohes Ansehen für seine ausgezeichneten und praxisnahen Analysen der schweizerischen Politik. Zusätzlich hat es sich in den letzten zwanzig Jahren kontinuierlich Reputation in der internationalen wissenschaftlichen Gemeinschaft erworben.

Von Klaus Armingeon

Rankings in der Wissenschaft haben einen Hauch von kindlichem Zählleifer, bei dem die Frage nach den substanziellen wissenschaftlichen Erkenntnissen schnell vergessen geht. Wenn man jedoch nicht jeden Datenpunkt und jede Dezimalstelle als unverrückbaren Wahrheitsindikator interpretiert, sind die bibliometrischen Statistiken nützliche, aber grobe Heuristiken. Vor sechs Jahren wurden erstmals in einer seriösen Art und Weise die politikwissenschaftlichen Institute der Welt in eine Reihenfolge gebracht und das Institut für Politikwissenschaft (IPW) der Universität Bern landete auf dem ehrenvollen 157. Platz. Das ist nicht schlecht, wenn man bedenkt, dass im ganzen deutschsprachigen Raum – Deutschland, Österreich, Deutschschweiz – nur fünf Institute bessere Werte hatten. Ähnlich ausgezeichnet verlief kürzlich eine Zählübung, bei der das IPW häufig, je nach Indikator, weit vorne mitspielte. Und das, obwohl andere Schweizer Universitäten ihre politikwissenschaftlichen Institute in den vergangenen Jahren stärker ausgebaut haben. Dieser Erfolg in der Grundlagenforschung beruht auf einem Rezept aus vier Zutaten. Dieses dürfte zukunftsfähig sein.

Intellektuelle Bodenhaftung

Wie in vielen anderen Wissenschaften gibt es auch in den Sozialwissenschaften eine Neigung, sich akribisch mit Teilproblemen auf hohem methodischem Niveau zu beschäftigen. Dabei sind die Erkenntnisse

vielfach intellektuell hochinteressant, aber leider ziemlich unwichtig für das Verstehen und Erklären der grossen gesellschaftlichen Probleme unserer Zeit. Von Karl Popper stammt das Diktum, die Sozialwissenschaften seien wie alle anderen Wissenschaften – erfolgreich oder erfolglos, interessant oder schal, fruchtbar oder unfruchtbar – in genauem Verhältnis zur Ehrlichkeit, Gradlinigkeit und Einfachheit, mit der wichtige theoretische oder praktische Probleme angegriffen werden. Das IPW hat sich daran orientiert und versucht, wichtige Probleme zu bearbeiten, auch wenn vielleicht manchmal das eifrige Schrauben an der hintersten Ecke eines Standardmodells unter Einsatz der allerneuesten computergestützten Schätzmethode leichter zu einer Publikation in einem «Peer-reviewed Journal» geführt hätte. In diesem Zusammenhang versuchen wir auch zur kumulativen sozialwissenschaftlichen Forschung beizutragen, indem wir viel genutzte Datensätze für die Forschung zur Verfügung stellen. Dazu gehören die «Comparative Political Data Sets», die in der internationalen Grundlagenforschung intensiv genutzt werden, oder das «Jahrbuch Schweizerische Politik», das für die Forschung im politischen System der Schweiz unverzichtbar ist.

Forschungsschwerpunkte

Bei der Entwicklung unserer Forschungsschwerpunkte zwang uns die Ressourcen-

armut zur Konzentration. Grosse Institute decken das ganze Themenspektrum des Faches ab. Ein Mini-Institut wie das IPW kann das nicht leisten. Deshalb beschränkten wir uns auf zwei Bereiche: schweizerische und die vergleichende Politik. Neben den intellektuellen Interessen der Forschenden gab es dafür zwei Gründe: Erstens erschien es uns zwingend, in Bern als Bundesstadt ein politikwissenschaftliches Institut mit einem Schwerpunkt zur Schweizer Politik zu haben. In einer gewissen Weise ist das zwar auch eine Garantie für Frustration, weil sich ausserhalb der Landesgrenzen kaum jemand für das schweizerische politische System interessiert. Umso höher ist zu werten, dass viele Forschungsergebnisse aus dem IPW zur Schweizer Politik in erstklassigen internationalen Zeitschriften abgedruckt wurden. Dies gelingt, wenn man Fragen der Grundlagenforschung – beispielsweise Entwicklungsprozesse von Sozialpartnerschaft oder Konkordanz – am konkreten Fall der Schweiz und meist in vergleichender Perspektive untersucht.

Zweitens ist die vergleichende Politik für die sozialwissenschaftliche Theoriebildung sehr ertragreich, weil sie ein Quasi-Experiment darstellt: Wie können wir beispielsweise erklären, dass einige Länder sehr viel erfolgreicher darin sind, ihren Wohlfahrtsstaat nachhaltig zu gestalten, während andere Nationen Probleme auszusitzen scheinen und offenen Auges in die Fiskal-

100x150
Agypten -
Barbados

BAYERISCH
Bayerische
Rauten -
Dschibuti

BUTI 100x150
EG
Ecuador -
Guyana

100-150
HAITI
Haiti -
Jordanien

KAMBODSCHA - KUW
Kambodscha
Kuwait

LAOS
LAOS -
Mauritius

MAZEDI
100 x 150
Mazedonien
Norwegen

OMAN
OMAN
Oman -
Ruanda

RUSSIA
RUSSIA
Rumänien
Seychellen

SIERRA LEONE
100 x 150
Sierra Leone
Syrien

TADSCHIKISTAN -
UGANDA
Tadschikistan -
Uganda

UKRAINE -
Zypern
Ukraine -
Zypern

krise hineinschlittern? Und indem wir das politische System der Eidgenossenschaft unter einem komparativen Sichtwinkel angehen, schaffen wir zusätzlich eine Brücke zwischen den beiden Forschungsschwerpunkten des Instituts. Auch diese Art der vergleichenden Grundlagenforschung als zweiter Pol der Forschungsaktivitäten am IPW garantiert Frustration, weil sich in der Schweiz kaum jemand ausserhalb des Wissenschaftssystems dafür interessiert. Dafür sind die Rückmeldungen aus der internationalen wissenschaftlichen Gemeinschaft sehr ermutigend.

Mit dieser Schwerpunktsetzung ging auch der bewusste Verzicht auf einen Ausbau von Forschungskompetenz in anderen Bereichen einher – eben weil wir aufgrund unserer Grösse nicht alle Themenbereiche gleich gut abdecken konnten. Wir entschieden uns, sowohl den Bereich der klassischen internationalen Beziehungen wie auch den Bereich der politischen Theorie nicht auszubauen. Andere Universitäten stecken in diese Forschungsfelder mehr Ressourcen. Von vornherein war klar, dass wir mit unserer Ausstattung hier nicht mithalten konnten. Dies bedeutet nicht, dass wir in der Lehre keine entsprechenden Angebote machen. Wir tun dies oft über interinstitutionelle Kooperationen und Lehraufträge.

Methodenbewusstsein

Moderne politikwissenschaftliche Forschung ist methodenbewusst. Der Wissenschaftler unterscheidet sich durch systematisches, methodisches Vorgehen vom Dilettanten. So argumentierte schon vor 100 Jahren der

deutsche Soziologe, Nationalökonom und Jurist Max Weber. Jahrzehntlang hat die deutsch- und französischsprachige Politikwissenschaft diese Überlegung oft sehr zu ihrem Nachteil ignoriert. Sie sei eine «Diskussionswissenschaft» wurde etwaminiert, oder es werde bloss räsoniert und Journalismus auf höherem Niveau mit vielen Fremdwörtern betrieben. So lauteten lange Zeit die Vorwürfe; und so falsch waren sie nicht. Doch dieser plauderwissenschaftliche Ansatz, mit dem Politiker, Medien und Honoratioren beim Apéro bedient werden, ist nicht unser Ansatz. Wir setzen vielmehr auf theoriegeleitete, methodisch anspruchsvolle und empirisch dichte Forschung. Kontinuierlich bauten wir diese methodische Orientierung in den letzten Jahren auch aus. Die dritte Professur für politische Soziologie, die vor wenigen Jahren eingerichtet wurde, passt sich deshalb nicht nur als Brückenprofessur ins Institut und ins Departement perfekt ein, sie liefert auch einen wichtigen Beitrag zur Methodenentwicklung und -entwicklung.

Politikwissenschaft als Drahtseilakt

Politikwissenschaft gleicht einem Drahtseilakt. Will man nicht sterile Analyse betreiben, die so lange alle störenden Kontextvariablen aus dem Modell heraus definiert, bis das Argument intellektuell befriedigend, aber für die Erklärung politischer Prozesse irrelevant wird, dann kommt man um die Bodenhaftung mit der Praxis nicht herum. Dies führt zu Erklärungsmodellen, die weit weniger elegant und formalisierbar sind als beispielsweise viele wirtschaftswissenschaftliche Modelle.

Dafür kann man mehr erklären, verfehlt aber das Ziel einer sparsamen Theorie, die mit wenigen Variablen und Kausalketten auskommt. Übertreibt man die Bodenhaftung und vernachlässigt die Theorie, kippt man auf die andere Seite und es kommt zu Ad-hoc-Erklärungen ohne jede Chance auf kumulative Forschung. Die theoriegeleitete Methodenentwicklung bringt den Seiltänzer wieder ins Gleichgewicht. Unter diesen Gesichtspunkten ist die Berner Rezeptur – das politische System der Schweiz als wichtiger Fokus, die zweite Schwerpunktsetzung auf dem internationalen Vergleich sowie das unerbittliche Beharren auf der Methode, die Systematik schafft – wahrscheinlich auch für die Zukunft des IPW erfolgsträchtig.

Kontakt: Prof. Dr. Klaus Armingeon,
Direktor Institut für Politikwissenschaft,
klaus.armingeon@ipw.unibe.ch

Konkurrenz statt Konkordanz?

Als Erich Gruner Anfang der 1960er Jahre die erste politikwissenschaftliche Professur an der Universität Bern antrat, stand das Schweizer Konkordanzmodell am Beginn seiner Blütezeit. Fünfzig Jahre später sprechen viele Beobachter vom baldigen Ende dieser Regierungsform in der Schweiz. Zu Recht?

Von Adrian Vatter

«I am not a consensus politician, I am a conviction politician». Dieses Bekenntnis von Margaret Thatcher bei ihrer Übernahme des Parteivorsitzes der Tories im Jahr 1979 machte noch bis vor wenigen Jahren den offensichtlichen Unterschied zwischen der angelsächsischen Mehrheitsdemokratie und der Schweizer Konkordanzdemokratie deutlich. Folgt man dem Konkordanzbegriff der Gründerväter, so zeichnet sich diese Demokratieform im Wesentlichen durch vier Kerninstitutionen aus: die Einbindung der wichtigsten politischen Kräfte in eine Regierungskoalition, die gleichmässige Vertretung der einzelnen Gruppen im Parlament dank eines stark proportionalen Wahlsystems, eine grosse regionale Autonomie mittels eines ausgeprägten Föderalismus und ein Veto, mit dem Minoritäten ihre Rechte vor Mehrheitsbeschlüssen schützen können. Das Schmiermittel, das dafür sorgt, dass diese machteilenden Institutionen in der Praxis auch funktionieren, ist eine ausgeprägte politische Kultur des gütlichen Einvernehmens und des konstruktiven Dialogs. An die Stelle des Mehrheitsentscheids und der Parteiideologie der Regierung, wie sie sich im Westminstermodell präsentieren, tritt damit die Bereitschaft aller politischer Lager zur pragmatischen Konfliktlösung und zur Suche nach dem breit abgestützten Kompromiss.

Zwei gegensätzliche Trends

Während die Schweiz für die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts als Musterbeispiel einer ausgeprägten Konkordanzdemokratie gegolten hat, sprechen heute zahlreiche Kritiker von einem polarisierten System, das durch den offenen Schlagabtausch zwischen Regierung und Opposition geprägt sei und prophezeien ein baldiges

Ende der Schweizer Konkordanz. Diese Sichtweise ist jedoch überzeichnet, wenn man das heutige Funktionieren der einzelnen Konkordanzinstitutionen auf den verschiedenen föderalen Stufen etwas genauer betrachtet. Vielmehr stellen wir heute nämlich zwei unterschiedliche Muster der Entwicklung fest: Auf der einen Seite stehen die beträchtlichen Veränderungen in Stil und Verhalten der einzelnen Parteien in der grossen Parlamentskammer und bei Volksabstimmungen – teilweise auch im Bundesrat. Auf der anderen Seite zeigen sich starke Beharrungskräfte im Ständerat sowie in den kantonalen Regierungen und Parlamenten, die nach wie vor grossmehrheitlich den kooperativen Verhandlungsstil der traditionellen Konkordanz pflegen.

Umwälzungen in der Parteienlandschaft

Exemplarisch für den politischen Wandel der letzten Jahre stehen die dramatischen Veränderungen in der Parteienlandschaft, die ihren Ausdruck im fortschreitenden Siegeszug der Schweizerischen Volkspartei (SVP) bei den Parlamentswahlen seit Beginn der 1990er Jahre gefunden haben. Die massive Stärkung des rechtsbürgerlichen Lagers einerseits und die Gewinne der links positionierten Grünen andererseits haben denn auch zu einer verstärkten Polarisierung und einer zunehmenden Instabilität des schweizerischen Parteiensystems geführt. Diese Entwicklung fand 2003 ihren Höhepunkt in der Wahl der SVP-Leitfigur Christoph Blocher in den Bundesrat und der Nicht-Wiederwahl der CVP-Vertreterin Ruth Metzler. Die damit verbundene Schwächung der politischen Mitte in der Regierung führte zu einer Stärkung der

linken und rechten Pole innerhalb der Exekutive und zu einer grösseren Kluft zwischen den parteipolitischen Lagern im Parlament.

Hohe Stabilität im Ständerat

Oft wird aber übersehen, dass gleichzeitig bedeutende Institutionen der Schweizer Politik nach wie vor nach den eingespielten Prinzipien des konkordanten Verhandlungsstils funktionieren. Dazu zählen insbesondere die gleichberechtigte zweite Parlamentskammer und die kantonalen Regierungen. Es ist deshalb kein Zufall, dass die SVP schon seit längerem – allerdings bisher eher erfolglos – versucht, ihren polarisierenden Politikstil in diese Bastionen der traditionellen Konkordanz zu tragen. Doch im Ständerat herrscht aufgrund der starken Vertretung der bürgerlichen Mitteparteien CVP und FDP und der unterdurchschnittlichen Präsenz der Polparteien nach wie vor die konsensuale Verhandlungslösung und die pragmatische Kompromissuche vor. Zudem attestieren ihm Beobachter, dass er typische Funktionen von Zweiten Kammern wie die Stärkung der Konsenspolitik und die Stabilisierung politischer Entscheidungen durch doppelte Beratung wahrnimmt.

Konkordanz spielt in den Kantonen

Ein weiterer Hort der Konkordanz stellen die breit abgestützten Mehrparteien-Regierungen in der grossen Mehrheit der Kantone dar. In rund der Hälfte der Kantone ist das Kollegialitätsprinzip sogar ausdrücklich in den Verfassungen verankert. Neben der ausgebauten direkten Demokratie sind vor allem die starke Segmentierung in zahlreiche Subkulturen, die regionale Heterogenität und die proportionalen Parteien-



vertretungen in den kantonalen Parlamenten die Hauptursachen dafür, dass die Mehrheitsparteien in der Regel wichtige politische, konfessionelle und regionale Minderheiten in die kantonalen Regierungen integriert haben. Zwar lassen sich auch in den Kantonen eine abnehmende Attraktivität der traditionellen Regierungsparteien bei Wählerinnen und Wählern, ein intensiverer Parteienwettbewerb und ein Aufbrechen von oft langjährig unveränderten «Zauberformeln» kantonalen Regierungen beobachten. Die im Vergleich zum Bund noch deutlich stärker ausgebaute direkte Demokratie und ihre intensive Anwendung sowie die gleichzeitig immer noch starke Stellung der bürgerlichen Mitteparteien CVP und FDP in den kantonalen Legislativen und Exekutiven setzen aber der Effektivität des bipolaren Konkurrenzmodells in den Kantonen besonders enge Grenzen. Das Experiment einer ausschliesslich aus den Parteien des Bürgerblocks zusammengesetzten Regierung im Kanton Genf von 1993 bis 1997, die sich stark am Konkurrenzmodell einer Mehrheitsregierung orientierte, aber aufgrund der Blockade des Gesetzgebungsprozesses durch den fortlaufenden Einsatz oppositioneller Volksrechte schon nach einer Legislaturperiode Schiffbruch erlitten hat, illustriert diese Tatsache eindrücklich.

Mehr Konkurrenz in der Konkordanz

Zusammenfassend zeigt sich: Einerseits haben in der letzten Dekade offensichtliche Veränderungen stattgefunden, wie der zunehmend auf Konfliktualität ausgelegte bipolare Parteienwettbewerb, die Abwahl von Regierungsmitgliedern und die Zunahme unheiliger Allianzen der S-Parteien (SP und SVP) zur Blockade wich-

tiger Geschäfte im Nationalrat. Andererseits funktionieren aber gerade die föderalen Institutionen wie der Ständerat sowie die kantonalen Regierungen – im Weiteren auch die kommunalen Exekutiven und Legislativen – nach der althergebrachten Logik des gütlichen Einvernehmens. Zudem haben die wechselnden Koalitionen im Parlament als Ausdruck gelebter Konkordanz im Vergleich zu früher zugenommen. Schliesslich sind die Hindernisse für einen Wechsel zu einem Regierungs- und Oppositionssystem in der Schweizer Direktdemokratie, in der systembedingt dem Stimmvolk die Oppositionsrolle zukommt, bekanntlich hoch und vielfältig, wenn auch nicht unüberwindbar. Was bedeuten nun diese unterschiedlichen Geschwindigkeiten des institutionellen Wandels für die Zukunft der Schweizer Konkordanz? Nach dem ersten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts ist die Schweiz auf dem Weg zu einer Demokratie, die zwar zunehmend auch Konkurrenzdemokratischem Druck unterworfen ist. Im Kern verfügt sie aber nach wie vor über die zentralen Strukturen einer Konkordanzdemokratie wie eine breit abgestützte Allparteienregierung, eine ausgebaute föderale Autonomie, eine hohe Bedeutung der proportionalen Machtteilung und ein starkes Minderheiten veto in Form des Ständerats und Ständemehrs. Es ist allerdings offensichtlich, dass das Schmiermittel in Form einer politischen Kultur des konstruktiven Ausgleichs und der gegenseitigen Rücksichtnahme nicht mehr die notwendige Geschmeidigkeit erzielt, damit die Schweizer Konkordanzmaschine auch in Zukunft auf allen Stufen reibungslos läuft: Phasen der Blockade, Polarisierung und Überhitzung werden sich insbesondere an der Spitze des politischen Systems häufen,

während auf den tieferen föderalen Stufen der Kantone und Gemeinden die eingespielte Entscheidungslogik der konstruktiven Konsenssuche noch auf absehbare Zeit hin funktionieren wird.

Von Deutschland lernen

Offen bleibt allerdings für die Zukunft, wie die schweizerische Politik mit der Herausforderung von zwei zunehmend unterschiedlichen Handlungslogiken – einerseits der auf Konfliktualität ausgelegte bipolare Parteienwettbewerb und die verstärkt pluralitären Verbändestrukturen, andererseits die traditionell auf Konsens und Kooperation ausgerichteten Konkordanz- und Föderalismusinstitutionen – umzugehen weiss. Das Spannungsverhältnis ist offensichtlich. Aber auch hier stellt die Schweiz keinen Sonderfall dar: Schon vor über dreissig Jahren diagnostizierte der deutsche Politikwissenschaftler Gerhard Lehmbuch offensichtliche Verwerfungen im institutionellen Gefüge der Bundesrepublik Deutschland zwischen ihren föderativen Strukturen, die durch eine starke verhandlungsdemokratische Kooperationslogik geprägt waren und ihrer bipolaren Konkurrenzlogik, die sich im Parteiensystem durchgesetzt hatte. Für die zukünftige Analyse der Schweizer Politik wird es deshalb lehrreich sein, einen Blick auf die deutschen Erfahrungen zu werfen.

Kontakt: Prof. Dr. Adrian Vatter, geschäftsführender Direktor Institut für Politikwissenschaft, adrian.vatter@ipw.unibe.ch





TESSIN
N

GRAUBÜNDEN
N

Argentinien
Zahnstocher

Australien
Zahnstocher
Brasilien

KANADA
ZAHNSTOCHER
Zahnstocher
5004.105
We-We plus
8
Deutsch

Norwegen
Zahnstocher

Polen
Albanien

SOLOTHURN
N

FREIBURG
N

SPANIEN
Z
ZAHNSTOCHER
0,016 m

SCHWEDEN
Z
ZAHNSTOCHER

LICHTENSTEIN
Z
ZAHNSTOCHER

ZÜRICH
N

ZUG
N

GLARUS
Z
ZAHNSTOCHER

APPENZELL
Z
ZAHNSTOCHER

APPENZELL
Z
ZAHNSTOCHER

SCHAFFHAUSEN
Z
ZAHNSTOCHER

PORTUGAL

1250
861.032
PORTUGAL

LUZERN
Z
ZAHNSTOCHER

AARGAU
Z
ZAHNSTOCHER

THURGAU
Z
ZAHNSTOCHER

SCHAFFHAUSEN
Z
ZAHNSTOCHER
SÄCKLI a. 100 STÜCK
TESSIN
SÄCKLI

Die Entwicklung der Wahlforschung in Bern

Von der Umfrage im Durchschnittskanton Aargau bis hin zur bekannten VOX-Analyse – die Geschichte der Wahlforschung in Bern ist spannend. Auch in Zukunft: Es braucht nämlich eine Synthese der rasanten Entwicklungen der letzten Zeit.

Von Claude Longchamp

Der Historiker Erich Gruner war nicht nur Begründer des Forschungszentrums für schweizerische Politik an der Universität Bern. Er war auch der Pionier der Wahlforschung in der Bundesstadt. Nach den Nationalratswahlen 1963 realisierte er erstmals für die Schweiz eine Wahluntersuchung auf sozialwissenschaftlicher Basis. Befragt wurde hierzu ein Querschnitt der Bürger und Bürgerinnen – im Kanton Aargau. Ich habe meinen Mentor einmal gefragt, weshalb er dieses so überraschend anmutende Forschungsdesign gewählt habe. Eine klare Antwort bekam ich nicht. Ich kam damals aber zum Schluss, dass er der Methode der Stichprobenbildung für eine Befragung misstraute. Überhaupt war er gegen Abstrahierung konkreter Erscheinungen. Denn der Historiker in ihm war es gewohnt, das Typische zu erkennen. Das wiederum suchte er anhand des typischsten aller Kantone zu bestimmen.

Als Student mitunter im Aargau lebend, machte ich eine Diplomarbeit mit ähnlicher Vorgehensweise wie mein Betreuer: Ich besuchte die 231 Gemeinden des Kantons in den Sommerferien 1982 und verwertete das so gesammelte Material, um die amtlichen Daten zu den Grossratswahlen zwischen 1973 und 1981 zu interpretieren. Gruner gefiel das und er engagierte mich umgehend als seinen letzten Assistenten vor der Pensionierung.

Der Stand der Dinge

Wir alle wissen um die Veränderungen seither: Aus dem Berner Forschungszentrum für schweizerische Politik wurde das Institut für Politikwissenschaft. Aus dem Ergänzungsfach wurde mit der Wahl von Wolf Linder zum Institutsdirektor ein

Nebenfach; mit der Schaffung weiterer spezialisierter Professuren bekam die Berner Universität ein Hauptfachstudium in Politikwissenschaft. Was aber ist aus dem Wahlforschungsprojekt von 1963 geworden? Die Berner Universität ist kein Zentrum mehr für dieses Fachgebiet. Zwar ist sie an den VOX-Analysen seit deren Beginn im Jahr 1977 beteiligt; und etliche Forschende wirken bei der Wahlstudie «Selects» mit, die 1995 gestartet wurde, um die akademische Wahlforschung zu fördern. Geblieben sind in Bern auch einige praxisrelevante Wahlprojekte, von denen ich namentlich «smartvote» erwähne, die Wahlhilfe in der e-Demokratie.

Den Stand des politikwissenschaftlichen Wissens fasst das Handbuch der Schweizer Politik regelmässig zusammen. Die Bilanz lautet: Nach einer langen Phase der Stabilität sind Wahlen in der Schweiz volatiler geworden. Die Wahlbeteiligung ist rückläufig, was auch für die Parteibindungen gilt. Zugenommen hat die Bereitschaft der Wählenden, Parteilisten zu ändern, auch die Partei zu wechseln, denn aus dem treuen Parteigänger von einst ist ein «Bürger/Konsument», eine «Bürgerin/Konsumentin» geworden. Das hat Möglichkeiten für neue Parteien geöffnet, so dass die vier traditionellen Regierungsparteien seit längerem durch bisher unbekannte Formationen in der Mitte, links oder rechts herausgefordert werden. Ausserdem haben sich die Positionen und Programme der Parteien verändert, bisher allerdings ohne Auswirkungen auf die Regierungsbildung. Diese Entwicklung des Wahlgesehens bezeichnet man in der Wahlforschung mit «Dealignment», das heisst mit dem Verschwinden von traditionellen Partei-

bindungen. Das ist zwar weltweit der vorherrschende Trend, in der Schweiz aber seit zwölf Jahren wohl nicht mehr zentral an der Schwelle des 20. zum 21. Jahrhundert; einiges von dieser Bilanz ist nicht mehr gültig. Vielmehr stehen wir nun im Banne des teilweisen «Realignment» – also der Neuausrichtung der Parteibindungen –, das insbesondere die SVP als Repräsentantin eines neu integrierten Nationalkonservatismus entstehen liess, aber auch zum Aufkommen ökologischer Parteien geführt hat. Parallel dazu hat die Polarisierung des Parteiensystems zugenommen und heutige Wahlkämpfe werden nicht mehr durch die klassischen Verteilungsfragen geprägt, sondern vor allem durch Identitätskonflikte zwischen Traditionalisten und Modernistinnen. Gestiegen ist dabei die Bürgerinnen- und Bürger-Ansprache im Wahlkampf, welche die Beteiligung an Wahlen ansteigen liess. Und schliesslich wirkt sich dies nicht nur auf Nationalratswahlen aus, sondern auch auf die anschliessenden Bundesratswahlen.

Drei neue Thesen

Welchen Beitrag leistet die gegenwärtige Wahlforschung in Bern, um dieses Geschehen zu analysieren? Ich treffe hier eine exemplarische Auswahl von drei neuen Erkenntnissen in der Wahlforschung, die mir wichtig sind: Mustergültig bestimmt wurde die Funktionsweise von Parteien im schweizerischen politischen System erstens durch Christian Bolliger. Seine Berner Dissertation erschien 2007 unter dem Titel «Konkordanz und Konfliktlinien in der Schweiz, 1945 bis 2003». Das Analysemodell startet mit den tiefgreifenden Konfliktlinien in der Bürgerschaft der Schweiz.

Daraus wird abgeleitet, dass die gesellschaftliche Basis polarisiert ist, während die Eliten des Systems auf Kooperation angewiesen sind. Die direkte Demokratie verstärkt den Druck – weshalb es mindestens zwischen den grossen Parteien sowohl Kooperation, wie auch Konfliktvermittlung zwischen der Elite und der Basis braucht.

Wirksam ist Konkordanz, wenn die Parteienkooperation und die Bindung der Wählenden an Parteien gleichzeitig funktionieren. Unwirksam wird sie, wenn ersteres gelingt, zweiteres über die Zeit jedoch nicht. Und problematisch wird sie, wenn die Einbindung der Wählerschaft dauerhaft zulasten der Kooperation geschieht.

Bolliger sieht drei Phasen der Konkordanz: die Blütezeit in der unmittelbaren Nachkriegsphase, die 1970er und 1980er Jahre mit der Herausforderung der etablierten Konkordanz und die Zeit seit 1992, in der die Konkordanz entwertet und der Stadt-Land-Gegensatz dominant wurde.

Die zweite These stammt aus einem Werkstattbericht der drei Berner Politikwissenschaftler Philipp Leimgruber, Dominik Hangartner und Lucas Leemann. Dieser ist unter dem Titel «Comparing Candidates and Citizens in the Ideological Space» in der Schweizerischen Zeitschrift für Politikwissenschaft erschienen. Dabei stützen sich die drei jungen Forscher sowohl auf Befragungen der Wählerschaft als auch der Kandidatinnen und Kandidaten. Sie positionieren beide Wahlakteure im weltanschaulichen Raum, dimensioniert durch die ökonomische und kulturelle Konfliktachse. Entgegen den üblichen Annahmen des «proximity voting», also des Wählens aus möglichst hoher Übereinstimmung, finden sie für die Schweizer Wahlen 2007 Hinweise für ein «directional voting». Demnach schneiden nicht jene Parteikandi-

dierenden am besten ab, die den moderaten Positionen der Wählerschaft am nächsten stehen, sondern in der gewünschten Richtung am entferntesten. Das gilt insbesondere für die Politikerinnen und Politiker der weltanschaulich klar positionierten Parteien. Interpretiert werden kann der Befund damit, dass die Grünen und die SVP nicht ins Konkordanzsystem integriert sind. Weil die Chancen marginal sind, dass sie ihre Parteistandpunkte realisieren können, ziehen ihre Wählenden Bewerbungen vor, die nicht auf Kooperation, sondern auf Polarisierung aus sind.

Die dritte These ist meine eigene, die ich aus der Anwendungsforschung entwickelt habe, die wir seit 1999 für die Schweizerische Radio und Fernsehgesellschaft (SRG) mit dem Wahlbarometer betreiben. 2007 wurden die Einflussfaktoren auf das Wahlverhalten erstmals modell- und datenmässig getestet. Berücksichtigt wurden die Themen- und Personenorientierung, aber auch Werthaltungen, Machtüberlegungen und die Motivierung durch die Parteikampagnen. Dabei konnte gezeigt werden, dass bei allen Parteien letzteres heute entscheidend ist. Themen sind vor allem in der ersten Phase des Hauptwahlkampfes wichtig, damit sich die Parteien bei der Wählerschaft grundlegend positionieren können. Danach sinkt jedoch ihr Einfluss auf die Wahlentscheidungen, und die Personenorientierungen wie auch die Machtfragen gewinnen an Gewicht. Das Ergebnis stimmt gut mit der These des postmodernen Medienwahlkampfes überein, wonach politische Mobilisierung durch medialisierte Politikerinnen und Politiker erfolgt, die politische Parteien stellvertretend mit polarisierenden Werten vermitteln. Sie stellen sich kommunikativ gezielt dar, um die Vorstellungen der Wählerschaft

anzusprechen. Wahlentscheidungen fallen damit vermehrt unter dem Eindruck von momentanen Befindlichkeiten der Wählerschaft – unter Verlust von Verbindlichkeiten für die Politik.

Die Zeit ist reif

Es ist an der Zeit, die rasante Entwicklung der Wahlforschung in der letzten Dekade nur schon in Bern zu einer neuen Synthese zusammenzufügen. Eine intensivierte Diskussion über Projektgrenzen hinweg könnte diese in Umrissen erkennbare Neuinterpretation der Wahlen in der Schweiz konkretisieren. Aufgezeigt werden müssten die Bedeutung der Rahmenbedingungen einerseits, andererseits auch das Parteien- und Medienverhalten auf die Wahlentscheidungen. Eine solche Synthese könnte meiner Meinung nach sinnvoll auf Ständeratswahlen angewendet werden, über die wir im Vergleich zu Nationalratswahlen immer noch wenig wissen. Sie könnte aber auch Wahlanalysen auf kantonaler oder städtischer Ebene befruchten, die bisher kaum aus übergeordneter Warte analysiert wurden.

Bessere Aussichten kann man der Wahlforschung in Bern für die nächsten 50 Jahre gar nicht wünschen – im vollen Wissen darum, dass die jetzigen Forscherinnen und Forscher auf den Schultern von Pionieren stehen, welche – wie Erich Gruner vor 50 Jahren – das Unterfangen «Wahlforschung» in der Bundesstadt als Erste begründet haben.

Kontakt: Claude Longchamp,
Institutsleiter gfs.bern,
Lehrbeauftragter an der Universität Bern,
claude.longchamp@gfsbern.ch



Online-Wahlhilfe «smartvote»: Eine Idee verändert die Schweizer Politik

Anfänglich belächelt, hat sich die Online-Wahlhilfe zu einem wichtigen Instrument gemausert – für die Wählenden zur Meinungsbildung, für die Kandidierenden zur Positionierung.

Von Daniel Schwarz

Es gibt noch ein zweites, etwas bescheideneres Jubiläum, das im Jahr 2011 die Berner Politikwissenschaftsszene feiert: Vor genau zehn Jahren wurde die Idee der Online-Wahlhilfeplattform «smartvote» erstmals publik gemacht. Ein Artikel im Tages-Anzeiger vom 25. Juni 2001 von Professor Andreas Ladner, welcher damals am IPW der Universität Bern lehrte, bildete den Auftakt zu einer zweijährigen Entwicklungsphase, die vor den Eidgenössischen Wahlen 2003 zur Publikation der Webseite www.smartvote.ch führte. Während die Online-Wahlhilfe heute fast schon zum festen Inventar jeder grösseren Wahl auf kommunaler, kantonaler oder nationaler Stufe gehört – bei den Projektleitern gehen jeweils enttäuschte Reaktionen aus der Wählerschaft ein, wenn der Service für einmal nicht zur Verfügung steht –, überwog in der Anfangszeit die Skepsis in den Parteien, bei den Behördenvertretern und nicht zuletzt innerhalb der Politikwissenschaft: Ist die Wahlhilfe wirklich politisch neutral? Könnten vielleicht die Wahlen «verfälscht» werden? Sind die Daten tatsächlich brauchbar für die Forschung?

Vom Feierabendprojekt zur etablierten Wahlhilfe

Viele nahmen «smartvote» nicht wirklich ernst und taten es als blosser Mode-

erscheinung ab. Der damalige SVP-Parteipräsident bezeichnete «smartvote» in einem «20 Minuten»-Interview als «Mist». Von Beginn an hatte es die Wahlhilfe schwer, da sie nie ein offizielles Projekt der Universität Bern oder einer anderen Hochschule war. Auch verfügten die Projektmitarbeitenden lange Zeit über keine eigenen Büros. In bester schweizerischer Manier handelte es sich um ein im Milizsystem organisiertes, dezentral ausgeführtes Feierabendprojekt: Im Jahrhundertssommer 2003 klebten die Beteiligten abends zu Hause die Briefmarken auf die Couverts an die Kandidierenden.

Ab 2004, nach dem Erfolg bei den Eidgenössischen Wahlen 2003, wurde das Projekt in den neu gegründeten Trägerverein namens «Politools» überführt. Seit 2005 besteht zwischen Politools und dem Kompetenzzentrum für Public Management (KPM) der Universität Bern eine formelle Zusammenarbeit. Die Universität bietet teilweise Unterstützung bei der benötigten Infrastruktur, etwa beim Hosting und mit Büroplätzen. Den weitaus grössten Teil der Kosten – Personal, Soft- und Hardware-Anschaffungen oder Telefon- und Druckkosten – trägt der Verein nach wie vor selbst. Im Jahr 2008 wurde, im Hinblick auf den Aufbau eines Standbeins in der Romandie, eine ähnliche Kooperation

auch mit dem Institut de hautes études en administration publique (IDHEAP) der Universität Lausanne eingegangen, wobei «smartvote» aus Lausanne zusätzlich eine direkte finanzielle Unterstützung erhält. Wie sich die Lage nach 2012 präsentiert, ist zurzeit noch völlig offen.

Dienstleistung und Forschungsdaten

Das «smartvote»-Projekt war nie lukrativ, die finanzielle Zukunft stets unsicher. Das Projekt existiert nur dank jährlich Hunderten Stunden unentgeltlicher Arbeit der Vereinsmitglieder. Was von den Einnahmen, welche hauptsächlich von Medienpartnern, Parteien, Förderstiftungen und einzelnen privaten Spenden stammen, nach einer Wahl übrig bleibt, wird vollumfänglich in die inhaltliche und technische Weiterentwicklung der Wahlhilfe sowie in die Realisierung neuer Projektideen gesteckt. Im Aufbau befinden sich zurzeit eine Informationshilfe für Volksabstimmungen sowie das «smartmonitor»-Projekt, welches sich dem politischen Verhalten von Nationalrätinnen und Ständeräten widmet. Geld ist es nicht, was die «smartvote»-Betreiber lockt. Vielmehr ist es die ideale Verbindung von Allgemein- und Forschungsnutzen: Ein Projekt mit konkretem Nutzen für die politisch interessierte Bevölkerung und die poli-

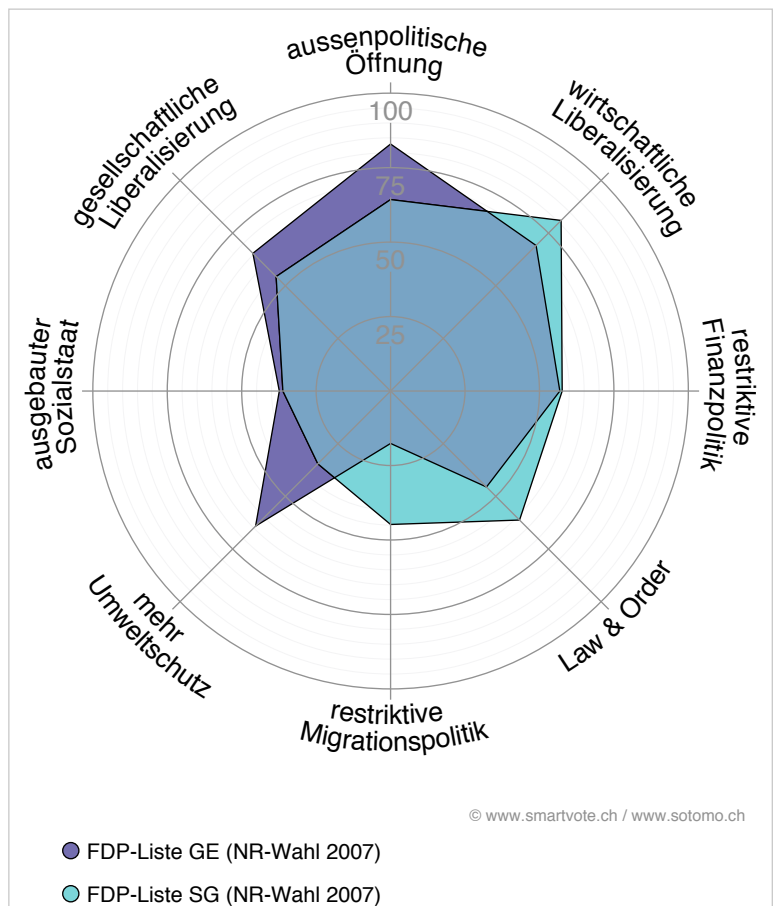


Abb. 1: Unterschiedliche «smartvote»-Profile der FDP in Genf und St. Gallen (Nationalratswahl 2007).

tische Bildung an Schulen, das gleichzeitig wertvolle Daten für die Wahl-, Parlaments- und Parteienforschung generiert. Denn aus politologischer Perspektive ist «smartvote» nichts anderes als eine periodische Befragung von Kandidierenden aller Parteien zu ihren politischen Positionen und Werthaltungen. Dies schafft neues Wissen und vermittelt ein ziemlich genaues Bild der Schweizer Parteienlandschaft und ihrer Veränderungen über die Zeit, fein aufgliedert bis auf die Ebene der Kantone und einzelnen Städte hinunter. Unterschiedliche Werthaltungen zwischen den Kantonal-sektionen ein und derselben Partei (siehe Abb. 1, FDP in GE und SG) oder nach Parteispaltungen (siehe Abb. 2, SVP und BDP) werden so auf einen Blick sichtbar.

Mehr als eine Internet-Spielerei

Hätte die Internet-Wahlhilfe nicht von Anfang an einem derart grossen Bedürfnis der Wahlberechtigten entsprochen, wären Medien, Kandidierende und Parteien kaum für eine Beteiligung zu gewinnen gewesen. Dies wird in der Tabelle (siehe Seite 22) exemplarisch für die Eidgenössischen Wahlen 2003/07 sowie die Berner Grossratswahlen 2006/10 dargestellt. Gemäss der repräsentativen Nachwahlbefragung «Selects 2007» haben vor vier Jahren rund 15 Prozent der tatsächlich Wählenden

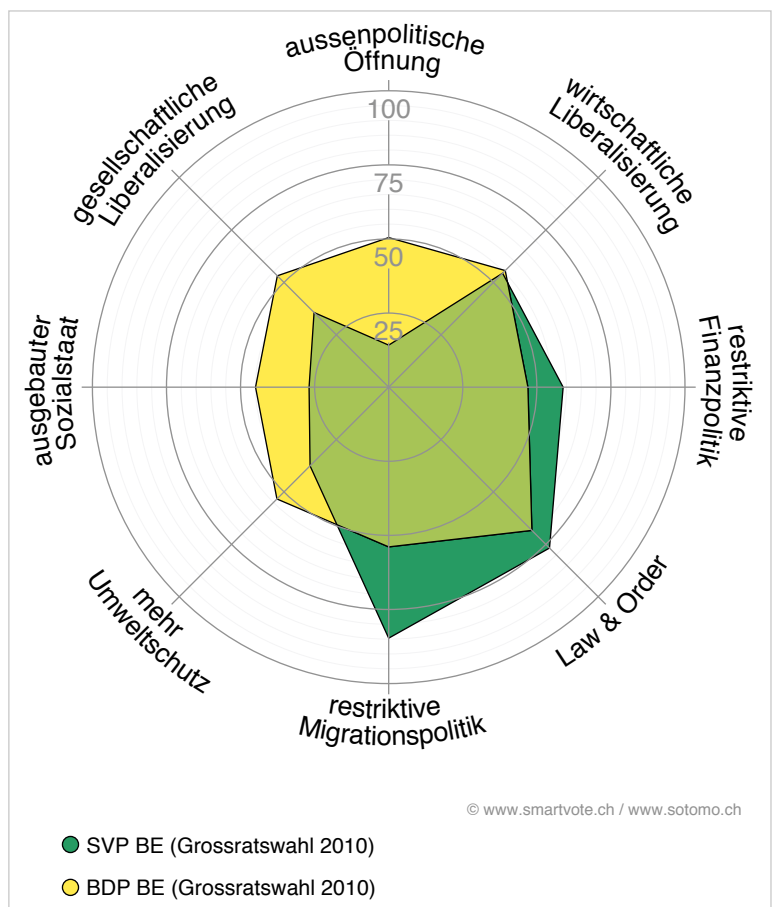


Abb. 2: Unterschiedliche «smartvote»-Profile von SVP und BDP (Grossratswahl Kanton Bern 2010).

	Nationalratswahl		Grossratswahl Kt. BE	
	2003	2007	2006	2010
Anzahl «smartvote»-Wahlempfehlungen	255 000	963 000	36 000	45 000
Registrierte Kandidierende	50 %	84 %	63 %	76 %

Zunahme der «smartvote»-Nutzung durch Wählerschaft und Kandidierende.

«smartvote» als Entscheidungshilfe benutzt. Die Teilnahme- und Nutzungszahlen werden in den kommenden Jahren nicht mehr derart anwachsen können; das öffentliche Interesse an Transparenz der politischen Positionen und das Bedürfnis nach einer Konkretisierung von Wahlprogrammen wird aber bestehen bleiben. Die beachtliche Nutzung und die Medienpräsenz der Online-Wahlhilfe haben die Parteiverantwortlichen zum Umdenken bewogen. Kaum einer betrachtet heutzutage «smartvote» als kurzlebige Internet-Spielerei. Das Bedürfnis in der Wählerschaft ist ausgewiesen. Und auch die Kandidierenden sehen die Plattform zunehmend als nützlich Tool zur eigenen Profilierung. So wurde etwa im Februar 2011 auf der Internet-Video-Website «YouTube» mit der Ähnlichkeit des «smartvote»-Profils der SP-Ständeratskandidatin Wyss zu demjenigen der ehemaligen Ständerätin Sommaruga geworben.

Die Nachteile der Spinnennetze

Doch es gibt auch Schattenseiten: Die Omnipräsenz der grafischen Visualisierungen, insbesondere die «smartspider»-Grafik zur Positionierung in acht Themenbereichen, hat ihre Nachteile. Die eigentliche Funktion der Plattform liegt in der Wahlhilfe, das heisst im direkten Vergleich der eigenen Antworten mit demjenigen aller teilnehmenden Kandidierenden. Die grafischen Auswertungen

waren zu Beginn lediglich als optische Attraktivitätssteigerung gedacht. Denn nicht alle Fragen finden jeweils Eingang in die Grafiken, und deren methodisch korrekte Interpretation ist weniger trivial, als es auf den ersten Blick scheint. Immer wieder wurden die Medien darauf hingewiesen, mehr Gewicht den Antworten auf die Einzelfragen beizumessen, anstatt zu stark auf Spinnennetzgrafiken und Positionskarten zu fokussieren. Darüber hinaus sollten Direktvergleiche grafischer Auswertungen aus unterschiedlichen Wahlen tunlichst vermieden werden, da der zugrunde liegende Fragebogen jeweils an die aktuelle Wahl angepasst wird. Leider ist heute festzustellen, dass selbst seriöse Medien kein allzu grosses Interesse an methodischer Korrektheit haben, wenn eine tolle Story winkt. Dies fällt am Ende auf die «smartvote»-Betreiber zurück und nährt ungerechtfertigte Zweifel an der Qualität des Instruments.

Je länger die Online-Wahlhilfe existiert, desto häufiger könnte es zu solch handgestrickten Vergleichen sowohl seitens der Medien als auch der Parteien und Kandidierenden kommen. Dies zu verhindern ist unter der Prämisse einer Plattform mit öffentlich zugänglicher Information beinahe aussichtslos. Inzwischen kommt es sogar vor, dass sich Kandidierende – oftmals über die Medien – beschwerten, weil ihr neues grafisches Profil nicht mehr exakt demjenigen von vor vier Jahren entspricht. So

geschehen im Vorfeld der diesjährigen Wahlen in den Berner Ständerat und die Zürcher Regierung. Doch die «smartvote»-Auswertung war nicht plötzlich «falsch» – genauso wenig, wie sie vier Jahre davor «richtig» war –, sondern die Kandidierenden hatten lediglich einen anderen, auf die vorliegende Wahl spezifisch angepassten Fragebogen ausgefüllt. Zudem soll es vorkommen, dass sich Politiker in Majorzwahlen mehrheitsfähiger präsentieren als bei Proporzwahlen.

Doch zurück zu den Anfängen der «smartvote»-Idee. Der eingangs erwähnte Zeitungsartikel stellte ein sehr treffendes allgemeines Kürzel für Wahlhilfe-Webseiten vor: CSI-Sites. Dies allerdings nicht in Anlehnung an die «Crime Scene Investigation»-Serien – soweit ist es in Schweizer Wahlkämpfen noch nicht gekommen – sondern als Abkürzung für den etwas sperrigen Ausdruck «Candidate Selection Inducer Sites». Dieser setzte sich nicht durch. Dafür spricht man heute nur noch von «smartvoting». Eine stärkere Anbindung von «smartvote» an die Universität Bern würde dafür sorgen, dass dies auch in Zukunft so bleibt.

Kontakt: Dr. Daniel Schwarz, Institut für Politikwissenschaft und Präsident des Vereins «Politools», daniel.schwarz@smartvote.ch





Das spannungsreiche Verhältnis von (direkter) Demokratie und Rechtsstaat

Bürgerinnen und Bürger stimmen ab, der Mehrheitsentscheid ist menschenrechtswidrig: Darf eine solche Vorlage gar nicht an die Urne kommen? Soll ein Gericht im Nachgang über ein Inkrafttreten entscheiden? Eine Regel aus Kalifornien könnte in der Schweiz Schule machen.

Von Anna Christmann

Die Annahme von umstrittenen Volksinitiativen – wie der Minarettverbots- und der Ausschaffungsinitiative – hat zu einem gesteigerten öffentlichen Interesse an der Vereinbarkeit demokratischer Entscheide mit anderen Prinzipien politischer Systeme geführt. Grundsätzlich handelt es sich dabei nicht um ein spezifisch schweizerisches Problem. Das spannungsreiche Verhältnis zwischen Demokratie und Rechtsstaat, das auch in ausschliesslich repräsentativ ausgestalteten Systemen existiert, tritt allerdings durch die Einführung direktdemokratischer Instrumente besonders deutlich zu Tage. Trifft die Mehrheit des Volkes eine Entscheidung, gilt diese allein aufgrund des demokratischen Entscheidungsprozesses als besonders legitimiert. Auf der anderen Seite stehen aber die heute auf ebenfalls hoher Anerkennung beruhenden Menschen- und Grundrechte, die durch Volksentscheide beeinträchtigt werden können. Menschenrechte gelten in liberalen Demokratien oft als übergeordnetes Recht, das ausserhalb des demokratischen Prozesses steht. Die Schwierigkeit dieses kaum auflösbaren Konflikts zwischen grundlegenden, überpositiven Rechten und dem Demokratieprinzip besteht darin, diesen für die demokratische Praxis handhabbar zu machen. Wie kann dies gelingen? Dieser Frage soll im Folgenden mit Hilfe eines Vergleichs der schweizerischen und der kalifornischen Prüfung von Volksinitiativen nachgegangen werden.

Wie tun es andere? Der Fall Kalifornien

So lange die Debatte um das spannungsreiche Verhältnis von Rechtsstaat und (direkter) Demokratie in der Schweiz schon existiert, so selten wurde darauf geschaut,

wie das Problem anderswo gelöst wird. Dabei führt ein Blick auf andere Staaten mit einer häufigen Nutzung von Volksinitiativen weiter und hilft herauszufinden, welche Möglichkeiten bestehen, direkte Demokratie und rechtsstaatliche Grenzen in eine Balance zu bringen. Nicht nur in der Schweiz, auch im US-Bundesstaat Kalifornien kam es in den letzten 20 Jahren vermehrt zu Volksinitiativen, die als grundrechtsproblematisch einzuordnen waren. In beiden Fällen wurden diese eher häufiger als andere Vorlagen von einer Volksmehrheit angenommen – keinesfalls seltener. Während in der Schweiz im betrachteten Zeitraum neun Prozent aller Volksinitiativen angenommen wurden, waren vier von zehn Vorlagen erfolgreich, die in der öffentlichen Debatte als grundrechtsproblematisch diskutiert worden waren. In Kalifornien wurden insgesamt 34 Prozent aller Volksinitiativen angenommen, aber über 70 Prozent der grundrechtsproblematischen Vorlagen, das heisst 10 von 14.

Wie gehen die beiden Staaten mit diesem Phänomen um? Im schwachen Rechtsstaat der Schweiz werden diese Vorlagen in der Regel nicht für ungültig erklärt. Der Stimmbürgerin und dem Stimmbürger wird die Verantwortung übertragen, auch über rechtliche Aspekte zu entscheiden. Eine Analyse von Schweizer Nachwahlbefragungen zeigt jedoch auf, dass die grosse Mehrheit der Abstimmenden keine grundrechtlichen Aspekte für die Entscheidungsfindung berücksichtigt. Im Rahmen der VOX-Analysen werden die Abstimmenden explizit nach ihren Stimm-motiven gefragt, und diese beziehen sich aber auch bei grundrechtsproblematischen Volksinitiativen grösstenteils auf inhaltliche und nicht auf rechtliche Aspekte der

Vorlage. Bei der Ausschaffungsinitiative gaben nur rund vier Prozent der Teilnehmenden rechtliche Motive, wie beispielsweise eine Kollision mit Menschen- oder EU-Recht, als Grund für ihren Stimm-entscheid an. Stimmbürgerinnen und Stimmbürger entscheiden in der Regel aufgrund ihrer politischen Präferenzen, zu erwartende rechtliche Probleme werden nur von einer Minderheit berücksichtigt. Gut gebildete, gesellschaftsliberale Abstimmende votieren am ehesten aus grundrechtlichen Motiven gegen eine Vorlage. Dies zeigt, dass es sich um eine politische Frage und nicht um eine rechtliche Entscheidung handelt.

Im US-Bundesstaat sind es hingegen nicht die Bürgerinnen und Bürger, die über grundrechtliche Aspekte einer Vorlage zu urteilen haben, sondern der starke Rechtsstaat in Form einer richterlichen Kontrolle nach der Abstimmung. Es zeigt sich, dass nach Annahme einer Volksinitiative regelmässig Gerichte angerufen werden, um die Vereinbarkeit mit höherem Recht zu überprüfen. Analysen der Gerichtsurteile und Urteilsbegründungen sowie Interviews mit kalifornischen Richtern konnten aufzeigen, dass diese Kontrolle weitgehend juristisch abläuft und nicht generell für oder gegen Volksinitiativen gerichtet ist. Es ist zwar ein ideologischer Einfluss zu beobachten, dieser ist aber nicht deterministisch und wird von juristischen Erläuterungen überlagert. Kalifornische Gerichte berücksichtigen zudem, dass es sich um einen Volksentscheid handelt, und sind in der Regel bemüht, die Absicht der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger nachzuvollziehen und soweit möglich mit übergeordnetem Recht in Einklang zu bringen. Im Ergebnis wurden von den zehn angenommenen, grund-

rechtsproblematischen Volksinitiativen in den letzten 20 Jahren in Kalifornien drei teilweise und zwei vollständig ungültig erklärt.

Das Seilziehen der Parteien

Demgegenüber ist die juristische Prüfung von Volksinitiativen in der Schweiz nur rudimentär vorhanden. Das Parlament hat vor einer Abstimmung über die Zulassung einer Volksinitiative zu entscheiden, die gemäss Bundesverfassung nicht gegen das zwingende Völkerrecht verstossen darf. Bisher wurde aus diesem Grund jedoch nur die Initiative «Für eine vernünftige Asylpolitik» der Schweizer Demokraten im Jahr 1996 ungültig erklärt, obwohl die Debatte um die Gültigkeit einer Vorlage seither wiederholt aufkam. Die Analyse der entsprechenden Debatten und Interviews mit Parlamentarierinnen und Parlamentariern zeigen, dass es sich um einen hochpolitischen Entscheid des Parlaments handelt, der sich kaum an juristischen Aspekten orientiert. Insbesondere die Mitteparteien stehen unter Druck, Vorlagen nicht für ungültig zu erklären. Sie fürchten einen Wählerverlust an die SVP, da diese dann Gelegenheit hätte, gegen die Einschränkung der traditionsreichen direkten Demokratie zu politisieren. Bei parlamentarischen Abstimmungen über die Gültigkeit von Volksinitiativen sind die Fronten klar: Die linken Parteien – insbesondere die Grünen – stimmen für Ungültigkeit, die Mitte- und Rechtsparteien hingegen für Gültigkeit. Dass es sich bei solchen Blockabstimmungen kaum um rechtliche Entscheidungen handelt, ist offenkundig.

Umfassend betrachtet trifft in der Schweiz weder die Erwartung zu, die Stim-

menden würden verantwortlich über grundlegende rechtliche Aspekte entscheiden, noch erfüllt das Parlament diese Aufgabe. Wäre eine rechtliche Prüfung wie in den USA somit auch für die Schweiz denkbar? Was würden die Bürgerinnen und Bürger von einer Justiz halten, die ihrer direkten Beteiligung Grenzen setzt? Fragt man in Kalifornien ganz generell nach, ob eine Prüfung von Volksinitiativen zur Vermeidung von rechtlichen Problemen befürwortet wird, stimmt eine deutliche Mehrheit von über 80 Prozent der Bürgerinnen und Bürger zu. Überraschenderweise ist die Unterstützung der Schweizer Stimmbürgerinnen und -bürger mit über 70 Prozent beinahe ebenso hoch. Interessanterweise handelt es sich dabei nicht um die Gegnerschaft direkter Partizipation, die sich für eine juristische Prüfung von Volksinitiativen ausspricht: Es ist kein Zusammenhang zwischen der Einstellung gegenüber direkter Demokratie und der rechtlichen Prüfung von Volksinitiativen feststellbar. Befürchtungen, Bürgerinnen und Bürger würden eine rechtliche Prüfung von Volksinitiativen ganz generell ablehnen, scheinen somit keine Grundlage zu haben.

Lösung für die Schweiz

Insgesamt spricht einiges dafür, dass die kalifornische Lösung auch in der Schweiz praktikierbar wäre. Dabei würde es sich nicht um eine grosse Reform handeln, wie manche Akteure befürchten. Bereits jetzt hat das Bundesgericht eine begrenzte Kompetenz als Verfassungsgericht, wenn es um die Vereinbarkeit mit in der Europäischen Menschenrechtskonvention festgehaltenen Menschenrechten geht. Insgesamt würde es sich eher um eine Normverschiebung handeln, in der einem

Gerichtsentcheid über eine Volksinitiative eine grössere Akzeptanz entgegengebracht werden müsste. Die derzeitige Praxis, zunächst politisch über die Rechtmässigkeit einer Volksinitiative zu entscheiden und danach jeden Rechtsweg auszuschliessen, steht im Hinblick auf das Verhältnis von Demokratie und Rechtsstaat schief. So unnötig der politische Entscheid vor der Abstimmung ist, so notwendig ist die Möglichkeit für Betroffene, gegen eine grundrechtsproblematische Initiative zu klagen.

Betrachtet man die aktuelle Debatte im Schweizerischen Parlament, scheint jedoch eine unverbindliche Vorprüfung von Volksinitiativen die wahrscheinlichere Reform für die Zukunft zu sein. Diese schliesst eine Klagemöglichkeit nach Annahme einer Initiative aber nicht aus. Demokratietheoretisch scheint es kaum vertretbar, die Annahme einer Volksinitiative als endgültigen Entscheid der Stimmenden zu werten, der im Zweifelsfall auch Grundrechte nichtig erklären kann. Nicht zuletzt die Idee der Gewaltentrennung verlangt, dass eine Mehrheitsentscheidung nicht ohne Einschränkung Gültigkeit besitzt, sondern erst im Zusammenspiel mit anderen Kräften zu einer liberalen Demokratie führt. Es erscheint daher sinnvoll, der direkten Demokratie die gleichen Vetoinstanzen gegenüber zu stellen wie Parlamentsentscheiden in der repräsentativen Demokratie.

Kontakt: Anna Christmann,
Institut für Politikwissenschaft,
anna.christmann@ipw.unibe.ch



Google für Moleküle

Niemand weiss, wie viele Moleküle es überhaupt gibt. Der Chemiker Jean-Louis Reymond hat damit begonnen, sie zu zählen. Nicht aus Langeweile, sondern um damit schwere Krankheiten zu heilen. Ein Spaziergang durch seinen 42-dimensionalen chemischen Raum.

Von Florian Fisch

Stellen Sie sich das Internet vor – ohne Suchmaschinen. Milliarden von Websites mit unleserlichen Adressen und Sie können nicht einfach schnell die Einwohnerzahl von Libyen oder ein gutes Rezept für Wildschweingulasch ergoogeln.

So ähnlich geht es den Chemikerinnen und Chemikern tagtäglich. Sie würden gerne ein geeignetes Molekül gegen die Parkinson-Krankheit finden, wissen aber nicht einmal, wie viele Moleküle – also mehratomige Teilchen – es überhaupt gibt. Halten sie ihre neueste Kreation endlich in den Händen, sind sie nicht sicher, ob es womöglich nicht noch besser geeignete Moleküle gäbe. Kurz, es fehlen zwei Dinge: eine vollständige Liste und eine Ordnung, um sich darin zurechtzufinden.

Auf der Stufe der Atome ist es einfacher. Ihre Anzahl ist mit knapp über hundert recht handlich, und das Periodensystem der Elemente bringt eine lückenlose Übersicht. Sobald sich die Atome aber zu Molekülen verbinden, entstehen so viele Kombinationsmöglichkeiten, dass man sie bisher nicht erfassen konnte. Es ist wie beim Bauen von Legoskulpturen. Aus verschiedenfarbigen Legosteinen, den Atomen, lassen sich unvorstellbar viele Skulpturen

zusammensetzen, die Moleküle. Diese Vielfalt der Skulpturen zu beschreiben und zu ordnen, ist ein vertracktes Problem.

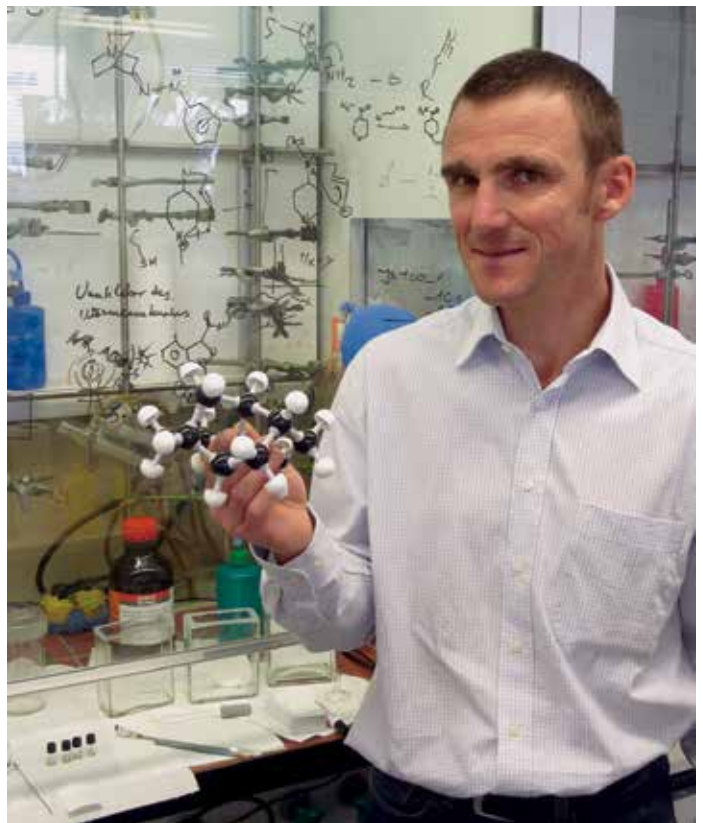
Eine Liste aller Moleküle

Jean-Louis Reymond, Chemieprofessor an der Universität Bern, hat dieses Problem angepackt. Mit einer mathematischen Methode hat er systematisch eine Liste aller denkbar möglichen Moleküle erstellt: den chemischen Raum. «Mich interessierte zunächst die rein akademische Frage, ob man überhaupt weiss, wie viele Moleküle es gibt», erläutert Reymond. In seinem chemischen Raum befinden sich nicht nur die in der Natur vorkommenden und alle bisher synthetisch hergestellten Moleküle, sondern auch Moleküle, an die noch niemand gedacht hat. «Wir haben uns gefragt, wie viel bekannt und wie viel unbekannt ist», fährt der Professor weiter. «Nun wissen wir: Es gibt tausend Mal mehr Unbekanntes als Bekanntes. Das ist schon fast schockierend.»

Das Modell einer ersten Entdeckung im neu erschlossenen chemischen Raum hält Reymond in der Hand: ein Norbornan (siehe Foto). «Das Norbornan ist ein Klassiker unter den Molekülen», erklärt der

Chemiker. Norbornane wurden hundert Jahre lang intensiv erforscht. Zum Beispiel das Kampfer, das aus einer Baumrinde gewonnen wird und Erkältungssalben beigemischt wird. Das neue Molekül ist eigentlich unspektakulär, besteht es doch aus nur zwei Sorten von Atomen. Es sind aber drei ineinander verschachtelte Norbornane. «Man hat alle möglichen Norbornane synthetisiert, doch an dieses schöne Beispiel hat niemand gedacht», kommt Reymond ins Schwärmen. Dank seiner Liste kennt man es jetzt – zumindest theoretisch.

Reymonds chemischer Raum hat keine Lücken, aber er ist nicht vollständig, weil er sich in der Grösse der Moleküle auf maximal 17 Atome beschränken musste. Ohne Beschränkung geht die Zahl der Möglichkeiten ins Unendliche. Schon mit nur 17 Atomen fand Reymond über 200 Milliarden mögliche Moleküle, wofür er drei Monate in einem speziellen Rechenzentrum verbrachte. Ein über tausend Kilometer dickes Buch würde es geben, wenn auf jeder Seite ein Molekül gezeichnet wäre. Eine «kleine» digitale Version der Liste mit nur maximal 13 Atomen ist auf Reymonds Website für alle offen zugänglich.



Jean-Louis Reymond präsentiert ein neues Molekül aus dem chemischen Raum.

Das Ende von Patenten?

Damit erhalten die Chemiker und Chemikerinnen die Baupläne für jedes erdenkliche Molekül. Dies ermöglicht im Prinzip jedes gewünschte Molekül mit bis zu 17 Atomen herzustellen. Das Herstellungsverfahren steht jedoch auf einem ganz anderen Blatt. Es ist die hohe Kunst der Chemie, herauszufinden, wie ein Molekül hergestellt werden kann.

Das wussten zwei Patentanwälte anscheinend nicht, als Reymond ihnen die Frage stellte: «Darf ich das überhaupt publizieren?» Davon rieten sie ihm ab, weil sonst die ganze Pharma-Industrie knirschend zu einem Stillstand käme. Die Industrie kann nämlich nur Wirkstoffe patentieren, die nicht vorher veröffentlicht wurden. Das Ganze stellte sich jedoch als ein Missverständnis heraus, wie Reymond erklärt: «Die Anwälte gingen davon aus, dass wenn ich schreibe «alle Moleküle sind prinzipiell synthetisierbar, sie dann automatisch «trivial zu synthetisieren sind». Das ist natürlich falsch.» Die Pharma-Industrie muss weiterhin neue Herstellungsverfahren entwickeln – und darf diese Erfindungen auch weiterhin patentieren.

Ein Periodensystem für Moleküle

Dank Reymond hat die Menschheit nun ein vollständiges Buch der Moleküle mit 200 Milliarden Seiten. Was ist aber mit dem Inhaltsverzeichnis? Das Auffinden der Einwohnerzahl von Libyen in einer Liste mit Milliarden von Einträgen ist nämlich praktisch unmöglich. Als die Chemie noch jung war, im 19. Jahrhundert, gelang der erste Schritt in Richtung Ordnung. Das Periodensystem der Elemente reihte die

bekanntesten Atome so geschickt ein, dass man die Existenz noch unbekannter Atome und deren Eigenschaften vorhersagen konnte.

Damit man sich schnell zurechtfindet, werden die Atome in zwei Dimensionen dargestellt. Die Spalten zählen die positiv geladenen Protonen eines Atoms, während die Zeilen die Anzahl der Schalen mit negativ geladenen Elektronen auflisten. Dadurch erhält der Chemiker eine schnelle

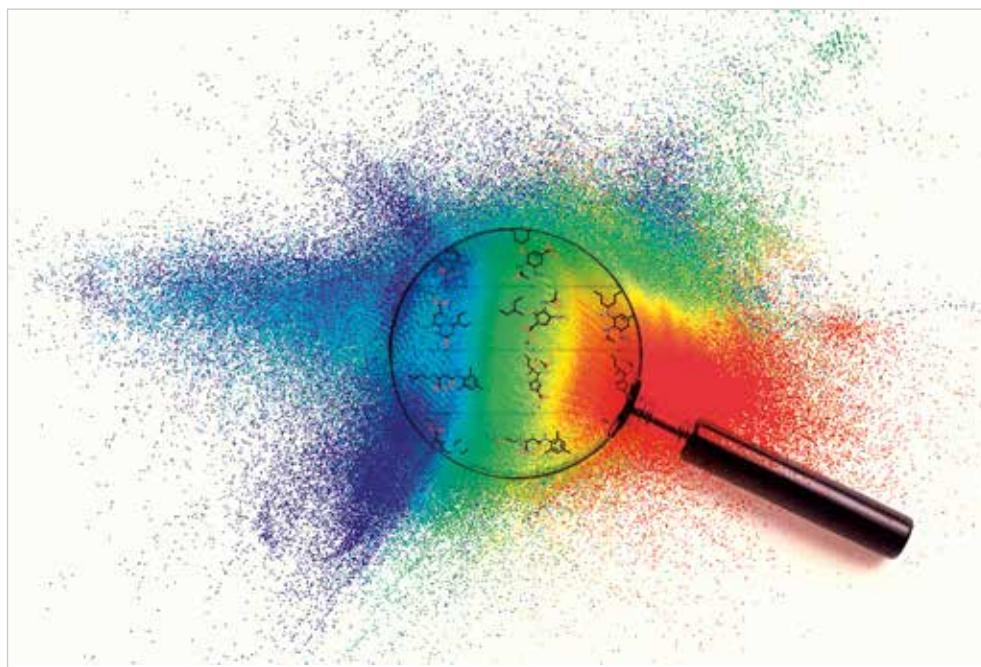
Heilende Entdeckungen

Moleküle zu finden steht auch im Zentrum des Nationalen Forschungsschwerpunkts (NFS) «TransCure». Neue Medikamente sollen entdeckt und mit der Pharma-Industrie zur Marktreife gebracht werden. Jean-Louis Reymond ist stellvertretender Direktor des NFS «TransCure». Mit seiner Suchmaschine (siehe Haupttext) kann er Hinweisen aus der wissenschaftlichen Literatur nachgehen und auf effiziente Weise neue Moleküle finden, an die noch keiner gedacht hat.

«TransCure» konzentriert sich auf Transporter an der Oberfläche von Zellen, die für viele Krankheiten verantwortlich,

aber schwierig zu studieren sind. Zum Beispiel sorgt der Vitamin-C-Transporter für die Aufnahme des überlebenswichtigen Stoffes durch die Darmwände.

Reymond fand bereits Moleküle, die dem Vitamin C ähnlich sind und den Transporter hemmen oder aktivieren können. Mit solchen Wirkstoffkandidaten versorgt er die Mediziner und Biologinnen des NFS «TransCure», die den Wirkstoff dann an echten Zellen und Gewebeproben testen. Die enge Zusammenarbeit der Disziplinen Medizin, Biologie und Chemie im NFS «TransCure» ist einmalig in der Schweiz.



Die Visualisierung des chemischen Raums: Die Nachbarn des Grippemedikaments «Tamiflu» unter der Lupe. Die blauen Pixel sind bewegliche, die roten starre Moleküle. Je ähnlicher sich Moleküle sind, desto näher liegen sie beieinander.

Übersicht über die Eigenschaften eines Atoms. Oben liegen die leichten Atome wie Wasserstoff, unten die schweren wie Uran, links die Metalle wie Calcium, ganz rechts die Edelgase wie Helium. Jeweils untereinander stehen die Atome, die ähnliche Eigenschaften teilen.

Der 42-dimensionale Raum

Da es im chemischen Raum der Moleküle aber so unvorstellbar viele Möglichkeiten gibt, braucht es dementsprechend mehr als zwei Dimensionen. Reymond braucht 42. So wie bei den Atomen die Protonen und Elektronen zählbar sind, hat jedes Molekül zählbare Eigenschaften wie die Anzahl bestimmter Atome, bestimmter Bindungen und bestimmter geometrischer Eigenschaften. Für jede Chemikerin, die das Molekül vor sich hat, sind diese Zahlen schnell ersichtlich. Ein Molekül wird dadurch auf einfache Weise mit 42 ganzen Zahlen beschrieben.

Die Vorstellung eines 42-dimensionalen Raums überfordert den Menschen. Aber Computer können die Moleküle darin in Sekundenbruchteilen finden. Dafür hat Reymonds Gruppe eigens eine Suchmaschine programmiert – ein Google für Moleküle. Nach der Eingabe der Struktur von Penicillin erscheint auf dem Bildschirm ruckzuck eine grosse Auswahl an Bildern ähnlicher Moleküle, von denen einige ebenfalls bekannte Antibiotika sind.

Um eine konkrete Vorstellung vom Ausmass des chemischen Raumes zu

erhalten, projiziert Reymond die statistisch aussagekräftigsten Dimensionen auf eine Fläche (siehe Grafik). Jeder Pixel entspricht mindestens einem Molekül, meistens aber tausenden. Die entsprechende Einfärbung nach gewissen Eigenschaften der Moleküle macht die Struktur des chemischen Raumes sichtbar – ein für das Auge attraktives, buntes Pixelmuster entsteht. Ähnliche Moleküle sind darin nahe beieinander. Die beweglichen Moleküle links, die starren rechts. Die wasserlöslichen Moleküle oben, die fettlöslichen unten. Somit kommen Zuckermoleküle, Proteine und Fette jeweils in ihre eigene Ecke zu liegen.

Eine Wirkstoff-Suchmaschine

Die neu geschaffene Ordnung im chemischen Raum hilft bei der Entwicklung von Medikamenten. Zum Beispiel den Forschenden von «TransCure», einem Nationalen Forschungsschwerpunkt an der Universität Bern (siehe Kasten, Seite 29). Ausgehend von bekannten Molekülen kann nach noch unbekanntem Molekülen gefahndet werden. Dies ermöglicht einerseits die Suche nach wirksamen Stoffen mit weniger Nebenwirkungen. Andererseits können Ähnlichkeiten entdeckt werden, die nicht offensichtlich sind. Das ist beispielsweise hilfreich, um bestehenden Patenten auszuweichen.

Könnte man den chemischen Raum nicht der Industrie verkaufen? «Wir haben die erste Version etwa drei Mal verkauft, aber damit kann man keinen Umsatz gene-

rieren», erklärt Reymond. Der Trend geht allgemein hin zur Offenlegung der Information. Ein offener chemischer Raum findet mehr Verbreitung, woran er als Wissenschaftler schliesslich interessiert ist. Selbst bei der Pharma-Industrie stellt man ein Umdenken fest, weg von der Geheimniskrämerie. So sieht das Reymond auch: «Der chemische Raum ist ein Beitrag zu den Grundlagen der Chemie.»

Kontakt: Prof. Dr. Jean-Louis Reymond, Departement für Chemie und Biochemie, jean-louis.reymond@ioc.unibe.ch

Autor: Dr. Florian Fisch ist freier Wissenschaftsjournalist in Bern, florian.fisch@scientoskop.ch

Das Gasthaus Krone und die Klimaforschung

Der Historiker Oliver Wetter geht neue Wege. Er spürt für seine Klimarekonstruktionen nicht nur ungewöhnliche Quellen auf, sondern setzt auch naturwissenschaftliche Methoden ein. Bei der Arbeit zwischen den Disziplinen prallen unterschiedliche Wissenschaftskulturen aufeinander.

Von Kaspar Meuli

Oliver Wetter ist ein Forscher von entwaffnender Offenheit. Ein Zufall, erklärt er unumwunden, habe ihn auf die Spur einer historischen Quelle geführt, die sich für seine Arbeit als höchst ergiebig erweisen sollte. Und das ging so: Für einmal suchte der junge Historiker in den Sälen des Basler Staatsarchivs nicht gezielt nach Akten, sondern liess sich von der Neugier treiben. Dabei sprang ihm eine Dissertation ins Auge. Ihr Thema: Die Auswertung von historischen Spitalrechnungen. Beim Durchblättern der Arbeit wurde Wetter klar, dass die so genannten Basler Spitalbücher nicht nur aus gesellschaftlicher und ökonomischer Sicht aufschlussreich sind, sondern eine wahre Fundgrube an Klimainformationen darstellen. Das heisst, wenn man um die Ecken zu denken weiss. Denn die Spitalverwalter des 15. und 16. Jahrhunderts zeichneten nicht etwa Wetterbeobachtungen auf, sondern notierten ausschliesslich Einnahmen und Ausgaben. Doch Einträge wie «Item fritag nach margarethe in der Ernt verlont 6 libras (Pfund) 6 solidos (Schilling)» stacheln die Kombinationsgabe eines gewieften Klimahistorikers an. Denn schliesslich ist Oliver Wetter mit dem historischen Kontext dieses Vermerks vom 18. Juli 1552 zur Roggen-

ernte vertraut: In der Vergangenheit verfügten die Basler Spitäler über grosse Ländereien, zu deren Bewirtschaftung sie während der Erntezeit Tagelöhner einstellen mussten. Tauchen in der Buchhaltung eines Jahres zum ersten Mal Ausgaben für Tagelöhner auf, entspricht dieses Datum deshalb dem Beginn der Ernte. Vergleicht man diese Einträge von Jahr zu Jahr, lässt sich das klimatische Auf und Ab über Jahrzehnte und Jahrhunderte nachzeichnen, und schliesslich kann man aus den Angaben mit Hilfe von statistischen Methoden vergangene Temperaturen rekonstruieren. Der Trick dabei: Anhand von gemessenen Daten aus jüngerer Zeit – in Basel wird die Temperatur seit 1755 aufgezeichnet – lassen sich Rückschlüsse auf die Temperaturen vor der Erfindung des Thermometers ziehen. Kombiniert man die Messwerte für den Erntebeginn mit den historischen Aufzeichnungen, können indirekte Informationen in quantitative Klimadaten umgewandelt werden. Ein Verfahren, das die Klimaforschung «Kalibrierung» – Gleichsetzung – nennt.

Mit anderen Worten: Die Basler Spitalrechnungsbücher von 1454 bis 1705, mit denen Oliver Wetter arbeitet, stellen ein wertvolles Klimaarchiv dar – vergleichbar

mit natürlichen Archiven wie Baumringen oder Eisbohrkernen, doch zeitlich viel präziser. Das Basler Staatsarchiv, ein eindrücklicher Bau im Herzen der Altstadt, verfügt über einen weltweit einmaligen Schatz an solchen Quellen. Der Grund: Die Aktenbestände haben seit dem verheerenden Erdbeben von 1356 in Basel unverehrt überlebt. Dies ganz im Gegensatz zu anderen bedeutenden Archiven, die immer wieder in Kriegen zerstört wurden.

Forschen zwischen den Disziplinen

Dass Oliver Wetter, der in Basel studierte, seine Dissertation an der Universität Bern schreibt, hat mit der Person des renommierten Klimahistorikers Christian Pfister zu tun. Der seit kurzem emeritierte Professor hielt in Basel vor einigen Jahren einen Vortrag, der den Blick des Geschichtsstudenten Oliver Wetter auf die eigene Disziplin für immer veränderte. «Ich war völlig begeistert von dieser Art der Geschichtsschreibung», erinnert er sich, «mir hatte zuvor immer die Relevanz, der direkte praktische Nutzen in meinem Studium gefehlt. Dass man als Historiker zur aktuellen Klimaforschung beitragen kann, hätte ich nicht gedacht». Aus dieser Begeisterung entwickelte sich schliesslich

eine Zusammenarbeit zwischen dem Berner Professor und dem Basler Studenten – zuerst im Rahmen von Wetters Lizentiatsarbeit und heute bei seiner Dissertation.

Als Historiker bewegt sich Oliver Wetter in einem Randgebiet seiner Zunft. Er betritt mit seiner Forschung noch kaum vermessenes Gelände, denn er arbeitet nicht nur mit historischen, sondern auch mit naturwissenschaftlichen Methoden. Wetter betreibt also genau jene Art von interdisziplinärer Forschung, die von Bildungspolitikern und Unileitungen immer wieder gefordert und versprochen wird. Doch die Absichtserklärungen, so musste der Klimahistoriker erfahren, und die konkrete Arbeit zwischen den Disziplinen, sind zwei verschiedene Paar Schuhe, denn in der interdisziplinären Forschung prallen unterschiedliche Wissenschaftskulturen aufeinander. Gegenüber der naturwissenschaftlichen Methode der Kalibrierung zum Beispiel, so Oliver Wetter, hätten Historiker grundsätzliche Bedenken: «Das läuft dem historischen Denken zuwider, denn viele Historikerinnen und Historiker sind überzeugt, ein Phänomen müsse aus seiner Zeit heraus verstanden werden und lasse sich nicht mit heutigen Augen erklären.» Eine Ansicht übrigens, deren Richtigkeit auch für

Wetter ausser Frage steht, wenn es um gesellschaftliche Entwicklungen geht.

Geistes- und Naturwissenschaftler ziehen am selben Strick

Dem Dissertations-Projekt zwischen den beiden Forschungswelten standen aber nicht nur unterschiedliche Denkart, sondern auch praktische Hindernisse im Weg: Historische Dissertationen müssen als Monographie vorgelegt werden. Oliver Wetter aber arbeitet nicht monothematisch, sondern wertet historische Klimaarchive in verschiedenen Bereichen aus. Deshalb wollte er seine Doktorarbeit in Form von mehreren Forschungspublikationen vorlegen. In den Naturwissenschaften ist dies seit längerem üblich, an der Philosophisch-historischen Fakultät aber nicht erlaubt.

Einen Ausweg aus diesem Dilemma bot schliesslich die Graduate School of Climate Sciences an der Universität Bern. Die Ausbildungsstätte am Oeschger Zentrum für Klimaforschung ist explizit auf die Zusammenarbeit von unterschiedlichen Fakultäten ausgerichtet. Trotzdem gab es für Oliver Wetter auch hier Hürden zu überwinden. Unter anderem verpflichtet das Studienreglement Doktoranden ohne naturwissenschaftlichen Abschluss dazu, Statistik

nachzubüffeln. «Ich verstehe die Bedeutung der Statistik für die Klimaforschung», sagt Historiker Wetter, «aber mir fiel dieser Stoff unheimlich schwer.» Doch den Schwierigkeiten beim Verfassen einer interdisziplinären Dissertation stand viel Positives gegenüber – vor allem der bereichernde Austausch mit Forschenden aus anderen Fachrichtungen. Für die Rekonstruktion von Hochwasserereignissen nämlich, arbeitete Oliver Wetter mit Hydrologen zusammen. «Ich war überrascht, wie gut die Naturwissenschaftlerinnen und Naturwissenschaftler meine Anliegen verstanden haben», meint der Historiker rückblickend. «Das Vorurteil von vielen Geisteswissenschaftlern, die exakten Naturwissenschaftler würden sie nicht ganz ernst nehmen, erwies sich als völlig unbegründet.»

Neben der erwähnten Temperaturrekonstruktion mit Hilfe der Basler Spitalbücher erforschte Oliver Wetter in seiner Dissertation vor allem die historischen Rheinhochwasser. Sein Ziel: Der quantitative Vergleich der Flutkatastrophen in vorinstrumenteller Zeit mit jenen ab 1808, als in Basel die ersten hydrologischen Messungen vorgenommen wurden. Anders als beim Blick auf die historischen Temperaturen



«Der grosse Rhein vom 18. September 1852»: I = Gasthaus Krone, II = Hotel de la Tête d'Or, III = Gasthaus Kropf.

konnte Wetter bei der Rekonstruktion der Hochwasser auf eine ganze Palette historischer Quellen zurückgreifen. Sie reichen von den Aufzeichnungen mittelalterlicher Chronisten bis zu Zeitungsberichten aus dem 19. Jahrhundert und von Hochwassermarkierungen über Gemälde bis zu Längs- und Querprofilen des Rheins. Ermöglicht wurde die Arbeit des Historikers durch den Umstand, dass sich in Basel im Verlauf der Jahrhunderte eine eigentliche Tradition der Hochwasserbeschreibungen entwickelt hatte. Will heissen: Die Chronisten nahmen bei den Schilderungen der Fluten immer auf dieselben Referenzpunkte im Stadtbild Bezug.

Ein Gasthaus am Rhein als Referenzpunkt

Einer dieser mehr als ein Dutzend Punkte, die Oliver Wetter identifiziert hat, ist die Hausecke des Gasthauses Krone, das sich direkt gegenüber der Basler Schiffflände befand und über Jahrhunderte hinweg zur vergleichenden Beschreibung herangezogen wurde. So reichte das Hochwasser von 1506 «bis in das Gasthaus», jenes von 1664 «bis zur vorderen Tür», und zum Hochwasser von 1764 vermerkte ein Chronist, es habe «nicht ganz an die Hausecke

des Kronengasthauses» herangereicht. Praktischerweise bezogen sich noch im 19. Jahrhundert Basler Lokaljournalisten bei ihren Hochwasserberichten auf Referenzpunkte wie das «Chronen Eck». Dies zu einer Zeit, als die Pegelstände und Abflussmengen des Rheins längst mit Instrumenten gemessen wurden. Der parallele Gebrauch der beiden Aufzeichnungssysteme ermöglichte die Umwandlung der Schilderung in Zahlenwerte. Und so konnte Oliver Wetter schliesslich eine noch nie dagewesene, 743 Jahre lange Reihe rekonstruierter Hochwasserereignisse vorlegen.

Der Clou dabei: Dank dem Einsatz eines hydrologischen Modells liefert der Klimahistoriker auch quantitative Angaben zu den Wassermassen, die in Extremfällen bis unmittelbar an die Rheinbrücke heranreichten. Erstmals lassen sich nun Fluten aus vorinstrumenteller und instrumenteller Zeit direkt miteinander vergleichen. Dieses Forschungsergebnis ist nicht bloss von wissenschaftlichem Interesse. Versicherungen etwa, die ihre Prämien anhand von sogenannten Jahrestereignissen berechnen, sind brennend an möglichst langen Vergleichsperioden interessiert. Erst beim Blick über die Jahrhunderte zeigt sich, ob Hochwasserkatastrophen in den

vergangenen Jahrzehnten tatsächlich häufiger geworden sind oder nicht. Ein Thema übrigens, das auch in der aktuellen Diskussion um die Sicherheit der Schweizer Atomkraftwerke von Bedeutung ist.

Oliver Wetter ist mit den Ergebnissen seiner Doktorarbeit, die in den kommenden Monaten in diversen Fachzeitschriften veröffentlicht werden, mehr als zufrieden: «Zuerst fand ich es einfach faszinierend, mit meiner Arbeit etwas zum besseren Verständnis des Klimawandels beitragen zu können. Heute bin ich nicht bloss fasziniert, sondern weiss, über welches Potenzial die historische Klimatologie verfügt. Wir stehen erst ganz am Anfang der möglichen Auswertungen.»

Kontakt: Oliver Wetter, Historisches Institut, Abt. für Wirtschafts-, Sozial- und Umwelt-Geschichte, oliver.wetter@hist.unibe.ch

Autor: Kaspar Meuli ist Journalist und Kommunikationsbeauftragter beim Oeschger Zentrum für Klima- und Klimafolgenforschung, kaspar.meuli@oeschger.unibe.ch

Wie aus Gesandten Diplomaten wurden

Kriegs- und Schlachtengeschichte interessiert den Berner Historiker André Holenstein weniger als die Frage, wie Konflikte in vergangenen Zeiten einvernehmlich gelöst werden konnten. Die alte Eidgenossenschaft liefert zahlreiche Beispiele aus einer Zeit, in der sich Gesandte allmählich zu Diplomaten wandelten.

Von Susanne Brenner

Wie brüchig Macht sein kann, begriffen die Herrscher von Luzern und Bern, als 1653 bewaffnete Untertanen die beiden Städte belagerten. Deutlich bekamen sie vor Augen geführt, dass sie verlieren könnten, wenn es zu einem Kräftemessen zwischen ihnen und den klar in Überzahl anwesenden Untertanen kommen würde. Stein des Anstosses waren zusätzliche Steuern. Sie wären nötig gewesen, um ein Berufsheer zu finanzieren, ein Heer, das jederzeit hätte eingesetzt werden können. Der Widerstand der Untertanen führte zu einer blutigen Auseinandersetzung. Es stand auf der Kippe, ob die Patrizier ihre Herrschaft verlieren würden. Letztlich unterlagen die Aufständischen zwar, doch sie erreichten trotzdem ihr Ziel: Es wurden keine zusätzlichen Steuern eingefordert.

Pyramide auf der Spitze

Dieses Beispiel zielt mitten ins Thema, das André Holenstein anhand historischer Ereignisse untersucht: Wie funktionierte die Gesellschaft in den Jahrhunderten vor der französischen Revolution? Ins Auge sticht, dass in jener Zeit hierzulande im Unterschied zur grossen Masse eine kleine Oberschicht über Macht und Privilegien verfügte. Das war schon dem britischen Gesandten Abraham Stanyan aufgefallen, der von 1705 bis 1714 in Bern residierte. Er beschrieb die Stadtrepublik Bern als Pyramide, die auf der Spitze balanciere, und

äusserte sich kritisch zur Tatsache, dass der Staat von wenigen Familien beherrscht werde. In der Tat regierte und bestimmte ein kleiner Rat von Patriziern in einer Stadt von rund 14 000 Einwohnern ein Gebiet mit etwa 400 000 Menschen. Das Zusammenleben funktionierte trotz dieses Ungleichgewichts nur, weil Bern einen «billigen Staat» führte, ist Holenstein überzeugt. Der Bauernkrieg von 1653 hatte es gezeigt: Die Untertanen waren nicht gewillt, mehr Abgaben an die führende Schicht zu leisten. Hätte diese darauf beharrt, wäre die Pyramide wohl gekippt: Die Patrizier hätten ihre Vormachtstellung riskiert und den sozialen Frieden gefährdet.

Verhandeln statt Kriege führen

Spannungen gab es in der alten Eidgenossenschaft viele. Anlass dazu boten politische und wirtschaftliche Gegensätze zwischen Stadt und Land – und im 16. Jahrhundert zusätzlich Konflikte zwischen katholischen und reformierten Kantonen. Innerhalb des losen Staatenbundes gab es regelmässige Zusammenkünfte von Gesandten der verbündeten Orte, die so genannte Tagsatzung. Sie etablierte sich als informelle Plattform, wo schwelende Konflikte zur Sprache kommen konnten und diplomatisch um Lösungen gerungen wurde. Manchmal über Jahre hinweg, wie beispielsweise der Konflikt zwischen Stadt- und Landorten zeigt, der

schliesslich nach vier Jahren Ringen 1481 im Stanser Verkommnis beigelegt werden konnte.

Streitereien versuchte man politisch zu lösen. Bei Spannungen zwischen zwei Orten bestimmte die Tagsatzung jeweils eine Delegation, die zwischen den Konfliktparteien vermitteln sollte. Die politische Einigung wurde im Staatenbund als so wichtig erachtet, dass der Bündnisvertrag für die 1501 in die Eidgenossenschaft aufgenommenen Kantone Basel und Schaffhausen ausdrücklich die Pflicht zur Vermittlung im Konfliktfall auftrug: Beide unterschrieben, dass sie sich bei Zerwürfnissen zwischen den übrigen Kantonen der Eidgenossenschaft neutral verhalten und zwischen den Parteien vermitteln würden. Und das taten die Basler dann auch: Sie mischten sich nicht ein, als die reformierten Orte Bern und Zürich die Vormacht der katholischen Orte beenden und die konfessionelle Gleichberechtigung in den gemeinen Herrschaften mit Waffengewalt durchsetzen wollten – was sie 1656 in der ersten Schlacht bei Villmergen nicht erreichten. Es kam 56 Jahre später zur zweiten Schlacht bei Villmergen, bei der dieses Vorhaben gelang.

Neue machtpolitische Verhältnisse

Krieg, so erklärt Holenstein, werde häufig als «Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln» bezeichnet. Er könne neue machtpolitische Verhältnisse schaffen. Strategisch



Nach geschlagener Schlacht die hohe Politik – Adrian von Bubenberg und weitere Berner in einer Audienz beim französischen König 1476.

beabsichtigten kriegsführende Parteien, möglichst schnell und umfassend eine für sie günstige Ausgangslage zu schaffen, um sich beispielsweise ein Gebiet aneignen oder neue Regeln einführen zu können. Nach der zweiten Schlacht von Villmergen 1712 konnte zum Beispiel also wieder neu verhandelt werden, und dabei übernahmen die Basler, wie der Bündnisvertrag es vorschrieb, die Rolle der Mediatoren. Nach dem Krieg braucht es eine Neuordnung, die sich meist erst nach vielen Jahren etabliert und die Lage normalisiert. Langfristig weniger aufwändig sind friedliche Lösungen. Deshalb bemühte man sich schon im Mittelalter, solche zu finden. Gesandte sollten um einvernehmliche Lösungen ringen, damit gewaltsame Auseinandersetzungen verhindert werden konnten; solche zwischen den verbündeten Orten der Eidgenossenschaft oder solche mit den angrenzenden Ländern.

Ausländische Gesandte gingen ein und aus

Schultheissen, Landammänner oder Bürgermeister: Die Träger der höchsten politischen Ämter in den Orten nahmen häufig die Rolle von Gesandten ein. Denn dafür mussten sie den richtigen Stand haben, also adelig sein oder der Aristokratie angehören und kulturell wie sprachlich kompetent sein. Diplomaten als ständig anwesende Vertreter eines Landes gab es erst gegen Ende des 17. Jahrhunderts – in der Zeit, als

sich in Europa die moderne Staatenordnung mit den Mächten Frankreich, Spanien, Holland, England, Preussen und Österreich abzuzeichnen begann. In ihrer Funktion beobachteten diese Repräsentanten aktuelle Entwicklungen in ihren Gastländern und vertraten die Interessen ihrer Monarchen beziehungsweise Herkunftsländer. Innerhalb dieser neuen Berufsgattung gab es unterschiedliche Ränge. Die Gesandten unter ihnen waren weniger angesehen als der ranghöchste Ambassador. Da in Solothurn schon seit 1530 ein französischer Ambassador lebte, wichen die anderen Staaten auf andere Standorte in der Eidgenossenschaft aus: Holländische Gesandte hielten sich am Ende des 17. Jahrhunderts besonders in Zürich auf, die britischen in Bern. Diese «Lobbyisten» für ihre Herkunftsländer nahmen am gesellschaftlichen und politischen Leben ihrer Residenzorte und des dortigen Patriziats teil – der britische Gesandte Abraham Stanyan heiratete sogar eine Berner Patrizierin. Um 1700 entwickelte sich die Schweiz zu einer eigentlichen Drehscheibe der hohen Diplomatie. Grund war der absehbare erbenlose Tod der letzten Fürstin von Neuenburg aus dem Hause Orléans-Longueville; demzufolge stand die Entscheidung an, ob das Fürstentum Neuenburg unter französische Vorherrschaft fallen würde oder ob der französische Einfluss auf die Schweiz zurückgebunden werden könnte.

Historische Mythen überleben

Auch André Holenstein versteht sich als «Botschafter», als Vermittler. Als Historiker beobachtet er, dass jeder Mensch Vorstellungen über die Vergangenheit mit sich trägt. Diese setzen sich aus Gelerntem und eigenen Bildern zusammen, werden um mythische Figuren ergänzt oder von Bildern geprägt, die beispielsweise in der politischen Kommunikation gebraucht werden. Das zeigt, dass Geschichte breit interessiert, weshalb es dem Historiker ein Anliegen ist, Geschichtsbilder und Mythen mit aktuellen Erkenntnissen aus der Forschung kritisch zu kommentieren. Das übernimmt der Berner Professor gerne und erzählt die Geschichte(n) lebhaft und engagiert weiter. Und zwar nicht nur an der Universität, sondern auch öffentlich, demnächst im Rahmen der Spiezer Tagung 2011.

Kontakt: Prof. Dr. André Holenstein, Historisches Institut, andre.holenstein@hist.unibe.ch

Autorin: Susanne Brenner ist freie Wissenschaftsjournalistin in Gümligen bei Bern, susanne.brenner@bluewin.ch

Spiezer Tagung im Schloss Spiez zum Thema «Friedensschlüsse in der alten Eidgenossenschaft». 21. + 22. Juni 2011. www.spiezertagung.ch

«Die Universität ist eine permanente Baustelle»

In seiner Zeit wurde eine handfeste Strategie erarbeitet, die Bologna-Reform eingeführt und die Autonomie der Universität gestärkt: Urs Würzler war sechs Jahre lang Rektor. Jetzt tritt er ab.

Von Marcus Moser

Prof. Urs Würzler, das ist das letzte Interview für ein universitäres Medium. Welche Frage darf ich Ihnen nicht stellen?

Sie dürfen mir jede Frage stellen.

Wären Sie gerne noch länger Rektor geblieben?

Nein.

Universitätshistoriker werden dereinst Ihre Rektoratszeit mit einer Überschrift versehen. Wären Sie einverstanden mit «Schärfung der Strategie der Universität Bern»?

Das Wort «Strategie» hat an der Universität eine lange Geschichte. Vor vielen Jahren haben wir im Vier-Jahres-Rhythmus so genannte «strategische Planungen» erstellt, die sich in Hunderten von Papierseiten erschöpft haben. Dann ist man wieder zur Tagesordnung übergegangen. In diesem Sinne lag eine Strategie, die es zu schärfen gegeben hätte, gar nicht vor.

Man musste also zunächst eine Strategie entwerfen.

Ja. Wir haben versucht, eine Strategie, die – auch in finanzieller Hinsicht – umsetzbar ist, zu realisieren. Dieses Vorhaben war komplex, weil wir es von Beginn an mit der Mehrjahresplanung und einem neu konzipierten internen Steuerungssystem verbunden haben. Dies alles zusammen ergab die «Strategie 2012», also ein neues «Produkt».

Kann man sagen: Das war das Projekt, dem Ihr Herzblut galt?

Ich habe das jedenfalls als meine wichtigste Aufgabe betrachtet. Und erfreulicherweise haben alle mitgeholfen. Wichtig ist mir, zu betonen, dass die Strategiebildung ein dynamischer Prozess ist. Strategien

müssen dauernd überarbeitet und an veränderte Rahmenbedingungen angepasst werden.

Die «Strategie 2012» steht auf mehreren Beinen. Eines heisst «Volluniversität». Taugt dieses Bein für den Weg in die Zukunft?

Die Universität Bern ist eine Volluniversität, die in allen grossen Wissenschaftsgebieten tätig ist, mit Ausnahme der Ingenieurwissenschaften. Das ist schon im Leitbild so festgehalten und wurde von uns für die Strategie übernommen. Meiner Meinung nach ist der Begriff tauglich, und wir sollten eine Volluniversität bleiben.

Ein anderes Bein heisst «Profilierungsbereiche». Hier wurden vor allem spezialisierte Zentren, auch als interne Nachfolger von Nationalen Forschungsschwerpunkten, gegründet. Weitere vier Zentren folgen im Juni. Ist die Absicht, mit Zentren das Forschungsprofil zu stärken, erfolgreich?

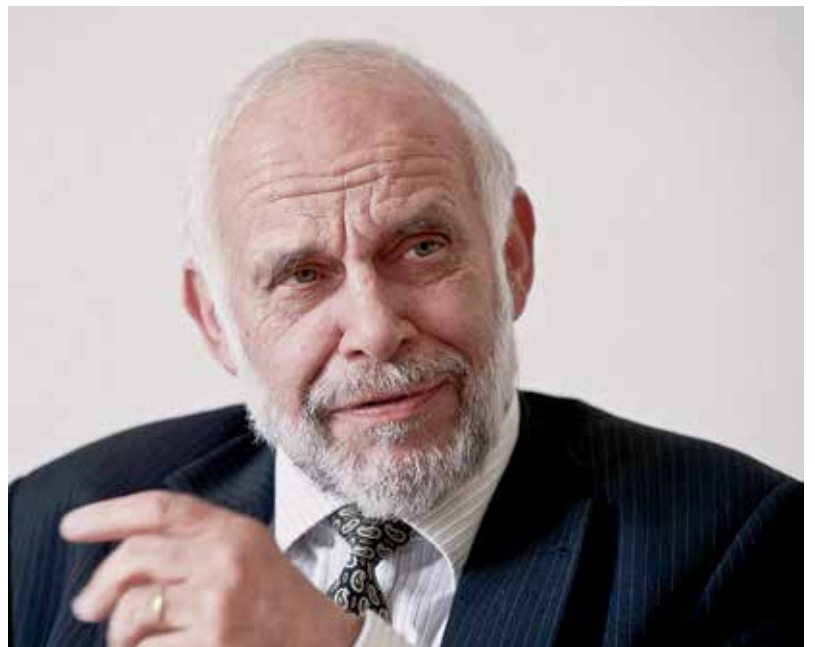
Davon bin ich überzeugt. Es ist zwar noch nicht so lange her, dass wir dieses Instrument eingeführt haben. Aber die bisherige Entwicklung der Zentren gibt uns Recht. Mit den Zentren verfolgen wir die Absicht, spezialisierte Einrichtungen zu schaffen, die durch höchste Qualität und gesellschaftlich relevante Themenfelder auffallen. Die Zentren sollen der Universität zu einem Profil verhelfen, das in einem weiteren Schritt auch besser kommuniziert werden kann.

Die Naturwissenschaften sind bei den Zentren stark vertreten. Droht hier nicht eine Spannung zum Bekenntnis zur Volluniversität?

Da muss man sehr genau hinsehen. Die administrative Zuordnung zu einer Fakultät ist das eine, die inhaltliche interdisziplinäre Zusammenarbeit das andere. Am

Die Idee einer Hauptstadtregion finde ich gut. Für mich ist indes klar, dass die Universität Bern zentraler Faktor in jeder Diskussion um eine Hauptstadtregion sein muss.

Urs Würgler



Oeschger Zentrum für Klimaforschung zum Beispiel sind drei Fakultäten beteiligt. Viele Zentren gründen auf interdisziplinärer Zusammenarbeit, was gerade dank unserer Volluniversität möglich ist.

Das dritte Bein der «Strategie 2012» schliesslich ist der Anspruch, drittes Universitätszentrum der Schweiz zu sein. Sind wir das wirklich?

Wir haben nie den Anspruch erhoben, die Universität Bern sei das dritte universitäre Zentrum. Sondern es brauche im Mittelland ein konkurrenzfähiges drittes Universitätszentrum, in dem die Universität Bern die Führungsposition einnehmen will. Das ist heute so. Im Kooperationsbereich mit der Universität Fribourg konnten komplementäre Strukturen aber bisher leider nicht so entwickelt werden, wie wir uns das gewünscht hätten.

Aus der Diskussion um Metropolitan-Regionen in der Schweiz ist Bern dank regionalem Widerstand als «Hauptstadtregion» hervorgegangen. Das tönt wie eine Steilvorgabe für die Universität Bern, sich zu profilieren.

Die Idee einer Hauptstadtregion finde ich gut. Sie wird vor allem von der Politik vorangetrieben. Für mich ist indes klar, dass die Universität Bern zentraler Faktor in jeder Diskussion um eine Hauptstadtregion sein muss, ohne sie wäre ein solcher Anspruch auch schwer zu begründen. Allerdings weiss ich nicht, wie weit diese Region sich territorial erstrecken soll. Die politischen Ideen scheinen da sehr unterschiedlich zu sein. Insofern ist auch unklar, welche Rolle die Universität Bern schliesslich spielen wird. Jedenfalls: Wir haben jetzt einen ersten Schritt gemacht, indem wir im Juni 2011 ein neues Zentrum für Regionalwissenschaften gründen

werden, das sich mit regionalwirtschaftlichen und regionalpolitischen Fragestellungen auseinandersetzen wird.

Bleiben wir bei der Politik: Sie haben in der lange währenden Autonomie-Diskussion zwischen der Universität und der Politik wichtige Ziele erreicht. Zum Beispiel die Entkopplung des universitären Budgets oder die Selbstbestimmung in der Personalpolitik. Sind Sie damit zufrieden?

Da bin ich sehr zufrieden. Letztlich ist es ein Gebot der Logik. Leider wurde die Diskussion aber häufig ideologisch geführt.

Inwiefern?

Durch Grundsatzklärungen, die an der Realität vorbeizielten. Wir sind eine staatliche Universität und kein marktwirtschaftliches Unternehmen und haben einen Grundauftrag zu erfüllen, der vom Staat an uns herangetragen wird. In diesem Sinne ist unsere Autonomie immer begrenzt. Aber die Universität kann nur geführt werden, wenn die Entscheidungskompetenzen in den relevanten Fragen am richtigen Ort angesiedelt sind. Es ist wichtig, so viel Autonomie zu haben, dass die Effizienz der Führung der Universität maximal wird. Da haben wir wohl das derzeit politisch Mögliche erreicht.

Der Anteil des kantonalen Budgets an den gesamten universitären Ausgaben ist 2010 auf 37 Prozent gesunken. Der Trägerkanton ist der grösste Minderheitsvertreter geworden.

Wir haben hier ein echtes Problem. Der kantonale Anteil am universitären Budget sinkt, zwei Drittel unserer Einnahmen stammen aus anderen Quellen. Natürlich entsteht da eine gewisse Spannung. Denn wie gesagt: Der Träger der Universität ist der Kanton, er er-

Es ist wichtig, so viel Autonomie zu haben, dass die Effizienz der Führung der Universität maximal wird.

Urs Würgler



lässt das Universitätsgesetz und den Leistungsauftrag – und finanziert nur einen Drittel der laufenden Ausgaben. Das ist eine Schwierigkeit, die wir fortwährend mit den politischen Instanzen diskutieren müssen. Wir sind mit dieser Herausforderung nicht allein. Andere kantonale Universitäten haben ähnliche Probleme, allerdings nicht im gleichen Ausmass. Zentral für mich ist das Faktum, dass wir im Gegensatz zu anderen Subventionsempfängern einen relevanten volkswirtschaftlichen Gewinn für diesen Kanton erwirtschaften. Wir haben in mehreren Studien nachgewiesen, dass jeder vom Kanton in die Universität Bern investierte Franken die fünffache regionalwirtschaftliche Wirkung erzielt. Leider ist diese Erkenntnis schwer zu vermitteln, aber wir werden nicht müde, immer wieder darauf hinzuweisen.

Stichwort Aussenwirkung: Sie haben gefordert, dass die Universität Bern ihre Qualitäten selbstbewusster gegenüber der Öffentlichkeit darstellt. Die 175-Jahr-Feier war ein Erfolg. Sind Sie da zufriedener?

Ja, das kann ich sagen. Das Jubiläumsjahr wurde sehr gut aufgenommen, da haben wir einen Durchbruch geschafft. In dieser Richtung müssen wir weiter arbeiten, das ist ein Dauerthema: Die Universität Bern ist international in bestimmten Bereichen bekannter und wird mehr geschätzt als regional. Das Jubiläumsjahr hat uns zudem ermöglicht, ein ausgezeichnet funktionierendes Fundraisingssystem zu etablieren.

In Ihre Amtszeit fällt die Umsetzung der Bologna-Reform. Ein Kraftakt. Und offenbar ist die Universi-

tät Bern in gewissen Aspekten zu weit gegangen. Jedenfalls wird in einigen Bereichen nachgebessert. Ist die Reform trotzdem eine gute Sache?

Als Rektor muss ich antworten: Bologna war überfällig und wegen der Kompatibilität zum europäischen Hochschulumfeld wichtig. Die Reform wurde beschlossen und wir haben sie umgesetzt. Diese Umsetzung war komplex, wir haben Fehler gemacht, daraus gelernt und korrigieren nun. Persönlich bin ich überzeugt, dass die schweizerischen Universitäten eine Bologna-Reform nicht nötig gehabt hätten. Sie führte zu einem völlig undurchsichtigen Titelwarrarr und zu unnötigen Verschulungen.

Sie sind ein Kritiker der Verschulung – gerade im Doktoratsbereich – und gelten als Gegner einer politisch verordneten Tertialisierung der Bildung.

Ich habe tatsächlich ein Problem mit jeder Art von Verschulung an Universitäten. Das ist eine Folge der steigenden Zahl der Studierenden, die irgendwie betreut sein wollen. Dass immer mehr Leute studieren, um bessere Chancen auf dem Arbeitsmarkt zu haben, ist für mich nachvollziehbar. Wir haben aber auch ein enormes Bedürfnis an Personen, die sich für die Wissenschaft engagieren wollen. Genau deshalb müssen wir aufpassen, nicht die Doktoratsstufe auch noch zu verschulen. Zur Tertialisierung: Ich bin in der Tat nicht der Auffassung, dass eine Ausbildung nur dann gut ist, wenn man sie als tertiär bezeichnet. Wir haben in der Schweiz ein hervorragendes Berufsbildungssystem, zu dem wir Sorge tragen sollten. Die aktuell angestrebte Vermischung der Systeme führt als Konsequenz zu einer Nivellierung in

Wir haben in mehreren Studien nachgewiesen, dass jeder vom Kanton in die Universität Bern investierte Franken die fünf-fache regionalwirtschaftliche Wirkung erzielt.

Urs Würgler



die falsche Richtung und ist für keines der Teilsysteme qualitätsfördernd.

Zu einer anderen Bedrohung. Das Universitätssystem wird durch gefälschte oder plagiierte Abschlussarbeiten herausgefordert. Was tun gegen den drohenden Verlust der Glaubwürdigkeit?

Es sind Einzelfälle, die uns aber ausserordentlich beunruhigen und grosse mediale Aufmerksamkeit erlangen. Leider gibt es keinen Bereich der Gesellschaft, in dem nicht betrogen wird. Als Teil der Gesellschaft sind wir davon auch betroffen. Wir versuchen durch verschärfte Kontrollen eine präventive Wirkung zu erzielen.

Sie sind ein passionierter Jäger. Hat diese Eigenschaft Ihnen in all den Jahren an der Universität geholfen?

Passionierte Jäger haben insbesondere die Eigenschaft, Geduld zu haben und zu beobachten. Ob sie dann etwas erlegen, ist gar nicht so wichtig. Das Interessante ist das Beobachten. Nun habe ich allerdings meine Tätigkeit an der Universität Bern nicht als Jagdersatz verstanden. Obwohl in gewissen Bereichen durchaus viel Geduld und Beobachtungsgabe nötig sind.

Hätten Sie gerne noch ein bestimmtes Ziel erreicht?

In der Zeit, in der ich hier wirken durfte, haben wir gemeinsam Einiges erreicht. Dafür bin ich allen Kolleginnen und Kollegen und unseren Mitarbeitenden sehr dankbar. Aber klar: Die Universität ist eine permanente Baustelle. Ich bin sehr zuversichtlich, dass mein Nachfolger, die erneuerte Universitätsleitung und alle Mitarbeitenden erfolgreich daran weiterbauen werden.

Urs Würgler, Sie waren 15 Jahre in der Universitätsleitung, davon sechs Jahre als Rektor. Wie sehen Sie dem 1. August 2011, Ihrem ersten Tag im Ruhestand, entgegen?

Mit etwas gemischten Gefühlen.

Kontakt: Prof. Dr. Urs Würgler, Rektor,
urs.wuergler@rektorat.unibe.ch

Prof. Urs Würgler leitete die Universität Bern seit dem 1. September 2005. Würgler, Jahrgang 1945, hat in Bern Mathematik, Physik und Philosophie studiert und 1969 promoviert. Nach Forschungsjahren in Heidelberg kehrte er nach Bern zurück und war ab 1979 zunächst als Ausserordentlicher, ab 1990 als Ordentlicher Professor tätig. 1996 wurde er als nebenamtlicher, 2000 als vollamtlicher Vizerektor gewählt bis er schliesslich 2005 Rektor wurde. Er ist verheiratet, Vater dreier erwachsener Kinder und wohnt in Herrenschwanden.

UniPress Gespräch als Podcast

Sie können die ausführliche Version des Gesprächs auch hören. Den Podcast zum Herunterladen finden Sie auf www.unipress.unibe.ch unter «Download».

Die Frau mit dem unbezahlbaren Lachen

Auf ihre gute Laune ist Verlass: Senada Munkovic, Cafeterialeiterin im Hauptgebäude der Universität Bern, lacht ihre Kundschaft an. Morgens, mittags, abends. Verbitterung lässt sie nicht zu – obwohl sie eigentlich lieber selber studiert hätte, als Studierenden Kaffee zu verkaufen.



Von Astrid Tomczak-Plewka

Es gibt schönere Orte an der Universität Bern als die Mensa im Hauptgebäude, diesen funktionalen, etwas bunker-mässig anmutenden Raum. Ein stilisiertes Frauenporträt an der Wand schafft wenigstens etwas freundliche Atmosphäre. Trotzdem: Es ist einer dieser Orte, den man mangels Alternativen aufsucht, für die schnelle Pause zwischen den Vorlesungen, den Koffeinkick gegen die Nachmittagsmüdigkeit. Ein Raum, den man ohne grosse Erwartungen betritt – und möglichst rasch wieder verlassen will. Und dann steht da diese Frau an der Kasse oder hinter der Theke, lächelt einen an, erkundigt sich nach dem Studienalltag, Arbeitskollegen, der Familie. Hört aufmerksam zu und wendet sich dann mit der gleichen Freundlichkeit der nächsten Kundin, dem nächsten Kunden zu. Tag für Tag, fünf Mal pro Woche. Senada Munkovic ist ein gut gelauntes Phänomen. Wie schafft sie es, immer fröhlich zu sein? «Ich bin einfach so von Natur aus», sagt sie. Und lacht. In einem Land, in dem die Menschen auf der Strasse den Augenkontakt lieber vermeiden, als jemanden einfach so anzulächeln, kann gute Laune schon etwas misstrauisch machen. Einmal hat ein Student sie gefragt, ob sie «kokse», weil sie immer so gut drauf ist. Sie hat den Ausdruck erst nicht verstanden. Als er ihr erklärte, was er meinte, war sie erst recht perplex. «Ich nehme doch keine Drogen», sagt sie halb entrüstet, halb belustigt, als sie diese Begegnung schildert.

1961 wurde sie in Prijedor, im Nordwesten des heutigen Bosnien-Herzegowina, als jüngstes von vier Kindern geboren. Schon früh verdiente sie mit Kinderhüten ihr eigenes Geld. Sie schloss eine höhere Wirtschafts- und Handelsschule ab und wollte danach in ihrer Heimat weiterstudieren – auch wenn in ihrer Familie traditionelle Rollenvorstellungen herrschten: Heiraten, Kinder bekommen, Haushalt führen. Die junge Senada spielte gut Handball und bekam deshalb ein Angebot für einen Studienplatz in Mostar, der grössten Stadt im Süden des

Landes. In die Schweiz kam sie erstmals in den 1980er Jahren; sie arbeitete als Zimmermädchen, für eine Saison. «Ich wollte Geld fürs Studium verdienen», erzählt sie. Aus einer Saison wurden mehrere, sie zog von Touristenort zu Touristenort, von Davos nach Wengen – unter den Fittichen einer «Gouvernante» aus Österreich, die sie in die Künste der Hotellerie einweihte. Über Zollikofen kam sie schliesslich nach Bern. Da war Bosnien plötzlich in die Ferne gerückt. Als 1992 in ihrer Heimat der Krieg ausbrach, war an eine Rückkehr sowieso nicht mehr zu denken. 18 Familienmitglieder holte sie während des Krieges in die Schweiz. Ihre Schwester lebt noch heute hier. Senada Munkovic arbeitete überall, wo man ihr Arbeit gab, machte Übersetzungen für die Caritas – in Spitälern, im Frauenhaus. Ausserdem hatte sie mittlerweile in der Gastronomie Fuss gefasst, führte gemeinsam mit einem Italiener ein Restaurant in der Länggasse, übernahm es später in Eigenregie.

Ihren Mann, ebenfalls aus Bosnien stammend, lernte sie in der Schweiz kennen. Im Jahr 1998 wurde ihre Tochter Ena geboren, Senada Munkovic wurde eingebürgert. Sie war nun definitiv in der Schweiz angekommen. «Hier hatte ich es von Anfang an gut», sagt sie. «Das Einzige, was mir nicht so gefallen hat – wenn ich das so sagen darf –, ist die Kälte der Menschen.» Und dann schiebt sie etwas nach, was sie ebenfalls stört und noch heute fast täglich beschäftigt: «Das Abgestempelt-Sein. Ich laufe mit dem Stempel (Jugo) auf der Stirn herum.» Aus diesem Grund wollte sie in einem gewissen Moment sogar ihren Namen ändern, hat es aber dann gelassen. Also heisst sie immer noch Munkovic – und muss damit leben, dass ihr dieser Name bei der Jobsuche wohl schon oft hinderlich war. Und dass ihr Leute ins Gesicht sagen, dass sie Jugos zwar nicht mögen, sie aber ganz in Ordnung sei. Kleinkriegen lässt sie sich davon aber nicht: «Ich suche immer eine Möglichkeit, das Beste aus der Situation zu machen.»



Der Satz klingt wie eine Platitude. Einer jener 0815-Sätze, die Kandidatinnen und Kandidaten eines Gesangs- oder Schönheitswettbewerbs im Dutzend absondern. Aber Senada Munkovic meint ihn ernst. Zwei Jahre nach der Geburt ihrer Tochter stürzte sie mit dem Mädchen auf dem Arm. Die Mutter schützte mit dem Arm ihr Kind, Ena blieb unverletzt, Senada Munkovic erlitt einen komplizierten, mehrfachen Armbruch. Ihr Restaurant musste sie aufgeben, ihr Mann – selber krank – konnte nicht zum Lebensunterhalt der kleinen Familie beitragen. Mit den Übersetzungsaufträgen bei der Caritas hielt sich Senada Munkovic über Wasser. Im Jahr 2004 schliesslich wurde sie als Leiterin der Uni-Mensa im Hauptgebäude angestellt. Sie trägt zwar die Verantwortung für alles, macht Bestellungen und die Buchhaltung, steht aber genauso wie ihre Arbeitskollegin an der Kasse oder putzt. «Ich habe den Job wegen der geregelten Arbeitszeiten angenommen. Das gibt es sonst im Gastgewerbe nicht», sagt sie. Und klar: Der Kontakt mit den Studierenden gefällt ihr, sie hat ein offenes Ohr für Liebeskummer, Prüfungsstress, echtes Interesse für das, was ihre Kundschaft gerade so beschäftigt. Senada Munkovic ist eine gute Gastgeberin. Doch eigentlich will sie etwas anderes machen, lernen vor allem. «Die Sprache interessiert mich, ich will etwas Neues lernen. Es gibt doch noch viel mehr Wörter als «Kaffee», «Tee» und «zwei Franken zwanzig». Das regt mich so auf!», bricht es aus ihr heraus. Und dann erzählt sie, wie einmal ein Professor zu ihr gesagt hat: «Sie haben den falschen Beruf. Sie sollten Schauspielerin werden.» Darauf hat Munkovic, die als Mädchen tatsächlich von der Schauspielerei träumte, geantwortet: «Ich weiss, dass ich den falschen Beruf habe.» Für andere wäre dies ein Grund, frustriert zu sein. Für Senada Munkovic ist es Antrieb, weiterzumachen, um ans Ziel zu kommen. Ihr Ziel ist ganz profan: Sie will bald aus dem Gastgewerbe aussteigen. «Diesen Stress hält man nicht bis ins Alter aus.» Sie hat sich auch schon einmal am Inselfospital als Putzfrau beworben. Sie sei überqualifiziert,

beschied man ihr damals. Senada Munkovic wäre dies egal gewesen. «Ich weiss, wenn ich erst einmal einen Fuss irgendwo drin habe, kann ich mich hocharbeiten. Alles, was ich brauche, ist jemand, der die Tür aufmacht.» Den Begriff «Türöffner» kennt sie nicht; als sie ihn hört, freut sie sich: Wieder etwas gelernt!

Wenn sie noch mal 20 wäre, würde sie etwas anders machen? «Ich würde mich mehr gegen die traditionellen Vorstellungen meiner Familie wehren. Man muss für seine Ideen kämpfen», sagt sie. Ob sie wieder in die Schweiz auswandern würde? Schwierige Frage: Senada Munkovic hat viele Bekannte hier, vor allem Schweizer und Italienerinnen, kaum Bosnier. Ihre Tochter ist wohl mehr Schweizerin als Bosnierin – auch wenn zu Hause Serbokroatisch gesprochen wird. Und wenn sie in ihr Geburtsland fährt, fährt sie in die Fremde – und regt sich auf, wenn dort Leute «den ganzen Tag rumsitzen und Kaffee trinken». Trotzdem vermisst sie ihre Familie und ein paar Freunde von früher. Aber: Der Blick zurück passt nicht zu einer Frau wie Senada Munkovic. Sie will vorwärts gehen, Gas geben, nicht über Dinge nachdenken, die nicht zu ändern sind. Sondern das ändern, was vielleicht möglich ist.

Es gibt schönere Orte als die Mensa im Hauptgebäude der Universität Bern. Und so ist es mehr als verständlich, dass Senada Munkovic hier nicht den Rest ihres Arbeitslebens verbringen möchte. «Ich habe viel erlebt, dadurch bin ich stark geworden. Ich weiss, irgendwann geht immer eine Tür auf.» Man wünscht es ihr, dass sich diese Tür öffnet und sie wegführt vom Ort, für die kurze Pause, den schnellen Koffeinkick.

Kontakt: Senada Munkovic, Cafeterialeiterin, Cafeteria Maximum, ena.munk@gmx.ch

Autorin: Astrid Tomczak-Plewka ist freie Journalistin in Bern, astrid@tomczak.ch

Reinhard Schulze, Prof. Dr., geb. 1953, Studium der Islamwissenschaft an der Universität Bonn, 1987–1992 Professor für Orientalische Philologie an der Universität Bochum, 1992–1995 Professor für Islamwissenschaft und Arabistik an der Universität Bamberg, seit 1995 Ordinarius für Islamwissenschaft und Neuere Orientalische Philologie an der Universität Bern.



Die hier geäußerte Meinung muss nicht der Auffassung von Redaktion oder Universitätsleitung entsprechen.

Aufbruch der Zivilgesellschaft in Nordafrika

Von Reinhard Schulze

Vor fünf Jahren kommentierte ich im UniPress (Nr. 129 vom Juni 2006) recht pessimistisch die Frage, ob es den Zivilgesellschaften in der arabischen Welt gelingen könne, die Macht der autoritären Regime wie in Ägypten, Libyen, Tunesien oder Algerien zu brechen. Allzu übermächtig erschienen damals diese Regime in ihrem Bestreben, die gesellschaftliche Ordnung zu definieren und Freiheits-, Pluralisierungs- und Demokratisierungsbestrebungen mit dem Hinweis auf eine angeblich drohende islamistische Gefahr mundtot zu machen. Schon damals waren die grossen Strukturkonflikte in der arabischen Welt kein Geheimnis mehr.

Diese Kernprobleme betrafen erstens den Konflikt zwischen der Generation der Alten Männer, welche die Macht im Verbund mit einer Staatspartei und dem Militär ausübten; zweitens den Konflikt zwischen Frauen und Männern – immer mehr Frauen drängten in die Arbeitswelt und machten den Männern die Führungspositionen in vielen Bereichen der Gesellschaft streitig; drittens den Konflikt um die Folgen der ökonomischen Globalisierung, die die einheimische Industriegüterproduktion schwer in Mitleidenschaft gezogen und zu einem rasanten Zuwachs der Arbeitslosigkeit selbst unter gut ausgebildeten Jugendlichen geführt hatte; und viertens den Konflikt um die Folgen der Preisentwicklung vor allem für landwirtschaftliche Rohstoffe. Mit Ausnahme der wirklich reichen erdölexportierenden Länder wie Saudi-Arabien, Kuwait und der Vereinigten Arabischen Emirate gab es kaum ein Land, das nicht durch diese Strukturkonflikte gezeichnet worden wäre. Besonders bedrückend war, dass die Regime eine konservative Politik der Macht- und Stuserhaltung betrieben und mit immer stärkerer Repression agierten.

Der aufflackernde Protest der Zivilgesellschaft wurde bis Ende 2010 oft schnell abgewürgt. Doch als sich am 17. Dezember 2010 in Sidi Bouzid, einem Städtchen in Zentraltunesien, der Gemüsehändler Muhammad Bu'Azizi (gest. 4.1.2011) anzündete, nachdem eine Frau der Gemeindeverwaltung seine Waagschalen konfisziert und ihn dabei geschlagen hatte, war ein Fanal gesetzt. Innerhalb weniger Wochen breitete sich eine Proteststimmung aus, die zum ersten Mal seit langem der bislang politisch entmachteten Zivilgesellschaft ein Mittel zur Selbstermächtigung anbot. Die Wörter «Gesellschaft» und «Volk» wurden in kürzester Zeit zu Begriffen für eine soziale, politische und ökonomische Emanzipation. Der Ruf «Irhal» (Hau ab!) versprach die Geltungsansprüche der sich nun formierenden Zivilgesellschaft: Sturz der alten, überalterten Regime, Ende der Einparteienherrschaft, Demokratisierung aller politischen Institutionen, Chancengleichheit für alle, Aufhebung von Standsprivilegien vor allem für das Militär und die Mitglieder des Machtapparats, Freiheit in der Wahrnehmung von sozialen, ökonomischen und politischen Möglichkeiten. Auch wenn in jedem arabischen Land die Proteste nach eigenen Mustern verliefen, so forderten doch alle, die Gesellschaft müsse den Staat definieren und nicht umgekehrt.

Als der tunesische Präsident Ben Ali am 14. Januar 2011 fluchtartig das Land verliess, wurde aus dem «Hau ab!» ein «Ja, wir können es!». In dieser Euphorie gelang sogar der Sturz des Regimes von Mubarak in Ägypten. Die absolutistisch erscheinenden republikanischen Ordnungen waren offenbar schon so weit erodiert, dass sich selbst das Militär in einigen Ländern gezwungen sah, das Lager zu wechseln und die Rolle eines Garanten der Interessen der

Zivilgesellschaft zu übernehmen. Zugleich zerbrach die alte kulturelle Ordnung, die eine scharfe Trennlinie zwischen dem Westen und der arabischen Welt gezogen hatte. Die Hoffnung, dass nun endlich der Westen die gleichberechtigte Teilhabe der arabischen Gesellschaften an den Werten der Zivilgesellschaft anerkennen würde, begleitete die Emanzipation der Zivilgesellschaft in der arabischen Welt.

Die neuen elektronischen Medien spielten bei der Kommunikation dieser Stimmung eine grosse Rolle. Sie trugen dazu bei, dass sich die Oppositionellen als ein Kollektiv der Zivilgesellschaft begriffen. Politische Forderungen waren nun nicht mehr partikular auf die Interessen einzelner Gruppen ausgerichtet, sondern auf den Aufbau einer neuen politischen Friedensordnung, welche die Chancengleichheit aller Interessensgruppen garantiert. Die neuen Medien waren bestens dafür geeignet, der Pluralität des Protests einen Ausdruck zu verleihen. Die Grenzen des Protests definierten diejenigen, die die staatliche Gewalt kontrollierten. Durch den Militäreinsatz ist es dem libyschen Regime gelungen, den zivilen Protest zu militarisieren und dadurch den Gegensatz von Gesellschaft und Staat zu verwischen. Die Folge ist ein schon wochenlang anhaltender Krieg. Dennoch ist der Emanzipationsanspruch der Zivilgesellschaft nicht mehr aus der politischen Ordnung der arabischen Länder wegzudenken. Insofern bleibt zu hoffen, dass die Prognose, die vor fünf Jahren gemacht wurde, nicht doch wieder aktuell werden wird.

Kontakt: Prof. Dr. Reinhard Schulze, Institut für Islamwissenschaft und Neuere Orientalische Philologie, reinhard.schulze@islam.unibe.ch



Partnerschaftliche Lösungen

Die politische Steuerung von Migrationsbewegungen ist vielschichtig und komplex. Eine Lösung sind so genannte «Migrationspartnerschaften». Das Buch beschreibt anhand von Fallstudien aus den USA, Europa und Asien solche vornehmlich bilateralen Programme, die heute den Kern des Mehrebenensystems der Migrationsgouvernanz bilden und nationale, regionale und transkontinentale Politiken massgeblich bestimmen. (Buch in englischer Sprache)

Multilayered Migration Governance

Rahel Kunz, Sandra Lavenex, Marion Panizzon (Hrsg.) – 2011. 344 S., geb., Routledge Chapman & Hall, ISBN-10 0-415-59532-0



Freud für ein breites Publikum

Im Rahmen eines Lehrauftrags von Hannelore Wildbolz-Weber an der Medizinischen Fakultät der Universität Bern zwischen 1996 und 2008 entstanden diese 43 Vorlesungen. Hannelore Wildbolz hat die Gabe, die Psychoanalyse in allgemein verständlicher Sprache und mit vielen klinischen Fallbeispielen zu vermitteln. Die Dozentin geht immer von Sigmund Freud aus, schliesst aber auch moderne Postfreudianer verschiedenster kultureller Provenienz ein. Persönliche Bemerkungen und ausführliche Literaturangaben bereichern das Werk.

Hannelore Wildbolz-Weber – Die Berner Vorlesungen über Theorie und Klinik der Psychoanalyse

Alexander Wildbolz (Hrsg.) – 2011. 305 S., EditionSolo, Bestellungen unter: bestellungen@freud-zentrum.ch, ISBN 978-3-9523374-3-1



Debatte um Recht und Rache

Seit der Mitte des 19. Jahrhunderts hat es eine phasenweise höchst intensive juristische und politische Debatte über die Ahndung von Kriegsverbrechen gegeben, welche bis heute die Grundlage für den aktuellen Diskussionsstand bildet. Die Studie dokumentiert und analysiert die internationale Debatte von Staats- und Völkerrechtlern mit dem Schwerpunkt auf der Zeit zwischen dem Deutsch-Französischen Krieg von 1870/71 und der Errichtung des Nürnberger Tribunals am Ende des Zweiten Weltkrieges.

Recht statt Rache oder Rache durch Recht?

Die Ahndung von Kriegsverbrechen in der internationalen wissenschaftlichen Debatte 1872–1945. Reihe «Krieg in der Geschichte», Band 38

Daniel Marc Segesser – 2010. 472 S., geb., Verlag Ferdinand Schöningh, ISBN 978-3-506-76399-0



Berner Ortsnamen von N bis B/P

Diese Sammlung erfasst möglichst alle Mundartlautungen von Orts- und Flurnamen, die noch im Gelände verhaftet sind sowie die urkundlich überlieferten Toponyme des deutschsprachigen Kantons Bern. Das vollständige Namenmaterial wird als alphabetisch geordnetes Nachschlagewerk mit sorgfältiger etymologischer Deutung der Namen publiziert.

Ortsnamenbuch des Kantons Bern

Dokumentation und Deutung, Vierter Teil: N-B/P Thomas Franz Schneider, Erich Blatter (Hrsg.) – 2011. 512 S., A. Franke Verlag, ISBN 978-3-7720-8383-9



Reales Gegenüber

Die Einführung regelmässiger Kunstausstellungen in England und Frankreich führte in Kunsttheorie, Kunstkritik und bildlichen Darstellungen zu intensiven Auseinandersetzungen mit dem Publikum als reales Gegenüber und imaginäres Konstrukt. Das Buch verfolgt den spannungsgeladenen Wandel der Diskursfigur Kunstöffentlichkeit von ihrer Entstehung aus der absolutistischen Ruhmes-tradition bis hin zum revolutionären Konzept im späten 18. Jahrhundert.

Der Platz des Publikums

Modelle für Kunstöffentlichkeit im 18. Jahrhundert Eva Kernbauer – 2011. 338 S., geb., Böhlau Verlag, ISBN 978-3-412-20555-3



Modernisierungsprozess

Die Public Management-Führungskonzeption hat eine Erneuerung der Verwaltungsführung in öffentlichen Verwaltungen zum Inhalt. Dabei kommt der Veränderung des Innovationsniveaus eine erhöhte Bedeutung zu. Der Tagungsband umfasst die sechs Hauptreferate der PUMA-Tagung an der Johannes Kepler Universität Linz zu diesem Thema sowie die dreissig Kurzreferate, die in Folge einer Ausschreibung für das Colloquium ausgewählt wurden.

Innovative Verwaltungen

Innovationsmanagement als Instrument von Verwaltungsreformen, PUMA Forschungscolloquium Nov. 2010, Johannes Kepler Universität Linz Reinbert Schauer, Norbert Thom, Dennis Hilgers (Hrsg.) – 2011. 540 S., geb., Universitätsverlag Trauner, Linz, ISBN 978-3-85499-850-1

Impressum

UniPress 149 Juni 2011

Forschung und Wissenschaft an der Universität Bern

Herausgeberin: Abteilung Kommunikation

Leitung: Marcus Moser (mm)

Redaktion: Marcus Moser (marcus.moser@kommunikation.unibe.ch); Bettina Jakob (bettina.jakob@kommunikation.unibe.ch)

Mitarbeit: Martina Bisculm (martina.bisculm@bluewin.ch); Julia Gnägi (julia.gnaegi@kommunikation.unibe.ch); Maximiliano Wepfer (maximiliano.wepfer@kommunikation.unibe.ch); Salomé Zimmermann (salome.zimmermann@kommunikation.unibe.ch)

Autorinnen und Autoren dieser Ausgabe:

Klaus Armingeon (klaus.armingeon@ipw.unibe.ch); Susanne Brenner (susanne.brenner@bluewin.ch); Anna Christmann (anna.christmann@ipw.unibe.ch); Florian Fisch (florian.fisch@scientoskop.ch); Hans Hirter (ba2ki@hotmail.ch); Claude Longchamp (claude.longchamp@gfsbern.ch); Kaspar Meuli (kaspar.meuli@oeschger.unibe.ch); Reinhard Schulze (reinhard.schulze@islam.unibe.ch); Daniel Schwarz (daniel.schwarz@smartvote.ch); Astrid Tomczak-Plewka (astrid@tomczak.ch); Adrian Vatter (adrian.vatter@ipw.unibe.ch)

Bildnachweise: Titelbild, Bilder Seiten 1, 3, 4, 7, 8, 10, 13, 15, 16, 19, 23, 24, 27, 37, 38, 39, 40 und 41: © Adrian Moser

Seite 21: © www.smartvote.ch/www.sotomo.ch

Seite 29: © Florian Fisch

Seite 30: © Jean-Louis Reymond

Seite 33: © Staatsarchiv Basel-Stadt, BILD 13,323

Seite 35: © Bürgerbibliothek Bern,

Mss.h.h.1.3 p. 825

Seite 42: © Stefan Wermuth

Seite 44: © Geographisches Institut

Gestaltung: 2. stock süd, Biel

(mail@secondfloorsouth.com)

Layout: Patricia Maragno (patricia.maragno@kommunikation.unibe.ch)

Redaktionsadresse:

Abteilung Kommunikation der Universität Bern
Hochschulstrasse 4
CH-3012 Bern

Tel. 031 631 80 44

Fax 031 631 45 62

unipress@unibe.ch

Anzeigenverwaltung:

Go! Uni-Werbung AG

Rosenheimstrasse 12

CH-9008 St. Gallen

Tel. 071 244 10 10

Fax 071 244 14 14

info@go-uni.com

Druck: Stämpfli Publikationen AG, Bern

Auflage: 13 500 Exemplare

Erscheint viermal jährlich,

nächste Ausgabe September 2011

Abonnenten: «UniPress» kann kostenlos abonniert

werden: Stämpfli Publikationen AG, Abonnements-

Marketing, Postfach 8326, CH-3001 Bern,

Tel. 031 300 63 42, Fax 031 300 63 90,

E-Mail: abonumente@staempfli.com

Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck von Artikeln mit Genehmigung der Redaktion.



Vorschau Heft 150

125 JAHRE GEOGRAPHISCHES INSTITUT

Was mit der Gründung der «Geographischen Gesellschaft» begann, wird im September mit einem Jubiläumsfest gefeiert: das Geographische Institut der Universität Bern (GIUB). Nach 125 Jahren umfasst das Institut an der Hallerstrasse acht Professuren und zehn Forschungsgruppen. Daneben sind universitäre Zentren mit internationaler Ausstrahlung sowie erfolgreiche privatwirtschaftliche Startups Früchte der umtriebigen Berner Geographinnen und Geographen. UniPress wirft einen Blick hinter die Fassade.



Drucksache

No. 01-11-636702 – www.myclimate.org
© myclimate – The Climate Protection Partnership



- * Gespräch – Kein Kapitalismus ohne Krise 32
- * Begegnung – Pietro Ballinaris Zufallsglück 36
- * Forschung – Die Verlierer der direkten Demokratie 30

Dezember 2009 143

UniPress*

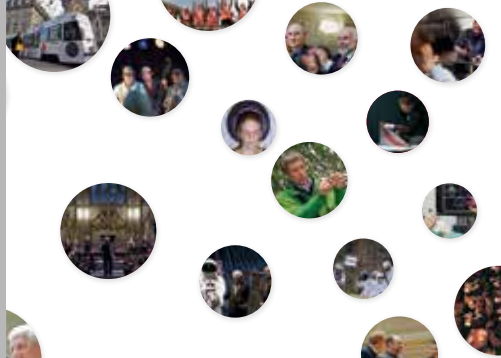


Forschung und Wissenschaft an der Universität Bern

- * Gespräch – Wenn der Krieg privat wird 38
- * Begegnung – Die Spezialistin für Luchs & Co 43
- * Forschung – Atemhilfe für Frühgeborene 36

April 2010 144

UniPress*



Forschung und Wissenschaft an der Universität Bern

- * Gespräch – Chancen und Risiken der Nanotechnologie 30
- * Begegnung – Esti Warmbrodts Bücherwelt 34
- * Forschung – Warum Schweizer zum Islam konvertieren 22

Juni 2010 145

UniPress*



Forschung und Wissenschaft an der Universität Bern

- * Gespräch – Vom Wissen zur Heilung 36
- * Begegnung – Pallavi Bajaj, global citizen 40
- * Forschung – Faule Jungs 32

Oktober 2010 146

UniPress*



Forschung und Wissenschaft an der Universität Bern

- * Gespräch – Bologna: Die Reform der Reform 32
- * Begegnung – Matthias Hirt knüpft Netze 36
- * Forschung – Besuch in der keimfreien Zone 28

Dezember 2010 147

UniPress*



Forschung und Wissenschaft an der Universität Bern

- * Gespräch – 40 Jahre Frauenstimmrecht 36
- * Begegnung – Mirko Schmidt ist einfach ein positiver Mensch 40
- * Forschung – Land für die Entrechteten 32

April 2011 148

UniPress*



Forschung und Wissenschaft an der Universität Bern

Eine UniPress-Ausgabe verpasst? Gerne können Sie Einzel Exemplare unter folgender Adresse nachbestellen:

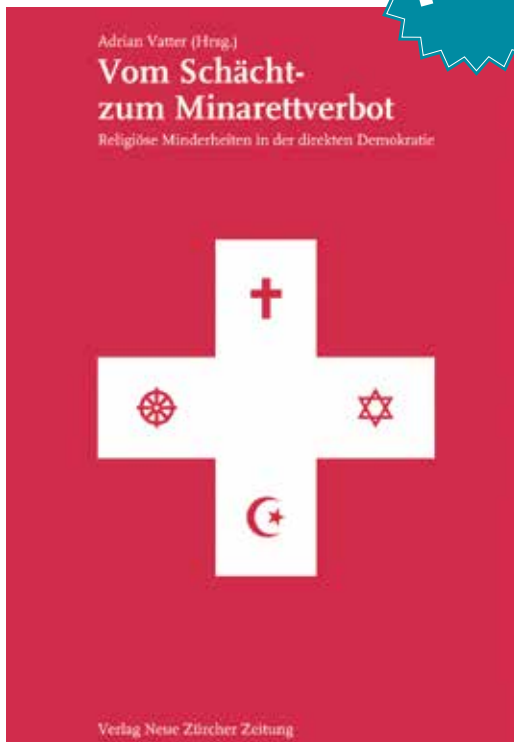
Abteilung Kommunikation der Universität Bern
 Hochschulstrasse 4
 3012 Bern
 Tel.: 031 631 80 44
 Fax: 031 631 45 62
 unipress@unibe.ch
 www.unipress.unibe.ch

Wollen Sie UniPress (4 Ausgaben jährlich) kostenlos abonnieren? Abo-Bestellungen unter:

Stämpfli Publikationen AG
 Abonnements-Marketing
 PF 8326
 3001 Bern
 Tel.: 031 300 63 42
 Fax: 031 300 63 90
 abonemente@staempfli.com

NEU

Ein Jahr nach dem Minarettverbot



Bietet die direkte Demokratie einen besonderen Schutz für Minderheiten oder führt sie im Gegenteil vielmehr zu ihrer verstärkten Diskriminierung? Um diese aktuelle und im politischen System der Schweiz wichtige Frage zu beantworten, wurden systematisch sämtliche kantonalen und eidgenössischen Volksabstimmungen, die religiöse Gemeinschaften betreffen, und weitere minderheitenrelevante Volksentscheide analysiert. Die konkreten Schlussfolgerungen, welche die Autoren daraus ziehen, lassen aufmerken und sollen dringend für die zukünftige Gestaltung direktdemokratischer Abstimmungsprozesse in der Schweiz beachtet werden.

«Für Menschen, die aktiv Politik gestalten wollen, ist das Buch spannender, als jeder Krimi.»

www.citizen-times.eu, März 2011

Adrian Vatter

(*1965) Studium der Politikwissenschaft und Volkswirtschaftslehre in Bern. Habilitation (2001). Gründung eines Büros für Politikforschung und -beratung in Bern (Büro Vatter AG). 2004–2009 Professuren in Konstanz und Zürich. Seit 2009 Direktor am Institut für Politikwissenschaft der Universität Bern und Ordinarius für Schweizer Politik.

Adrian Vatter (Hrsg.)

Vom Schächt- zum Minarettverbot

Religiöse Minderheiten in der direkten Demokratie

318 Seiten, Grafiken, Tabellen

Format 15x22 cm, gebunden,

Schutzumschlag

Fr. 58.– (UVP)/€ 48.–

www.nzz-libro.ch

NZZ Libro
BUCHVERLAG NEUE ZÜRCHER ZEITUNG

suisse traffic

Internationale Fachmesse des öffentlichen Verkehrs

Bern, 6.–9.9.2011

Messeplatz Bern

Kompetenzzentrum für «Aus- und Weiterbildung im öffentlichen Verkehr»

An der **suissetraffic** informieren Fachleute und Ausbildungsinstitute gezielt über Berufe sowie Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten im öffentlichen Verkehr. Nutzen Sie die Gelegenheit, mit Unternehmen direkt in Kontakt zu treten und informieren Sie sich vor Ort.

www.suissetraffic.ch